

# TÄTIGKEITSBERICHT 2001

## PRÄSIDIUM

Generaldirektor KR MMag. Dr. Kurt Adelsburg  
Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma  
Direktor Dr. Wolfgang Kulterer

Präsident  
Vizepräsident  
Vizepräsident

## SEKRETARIAT

Generalsekretär Mag. Dietmar Rupa  
Generalsekretär-Stellvertreter Dr. Christoph Hiesberger  
Mag. Bernhard Freudenthaler  
Mag. Wolfgang Wild (Hypo-Bildung)

Geschäftsführer  
stv. Geschäftsführer

(Stand: April 2002)

**VERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN LANDES-HYPOTHEKENBANKEN**

Brucknerstraße 8, 1043 Wien, Telefon 01/505 87 32-0 · Telefax 01/505 87 32-20  
verband@hypoverband.at · www.hypoverband.at

## ORDENTLICHE MITGLIEDER

EB und HYPO-Bank Burgenland AG	7001 Eisenstadt Neusiedler Straße 33 Telefon 02682/605 Serie Telefax 02682/605 268 www.bank-bgld.at	Vorstand: Generaldirektor KR Dr. Wolfgang Ulrich, Vorsitzender Mag. Gerold Stagl
Hypo Alpe-Adria-Bank AG	9010 Klagenfurt Alpen-Adria-Platz 1 Telefon 0463/5860 Telefax 0463/5860 899 www.hypo-alpe-adria.com	Vorstand: Dr. Wolfgang Kulterer, Vorsitzender des Vorstandes Mag. Dr. Jörg Schuster Dietmar Falschlehner Mag. Günter Striedinger
Niederösterreichische Landes- bank-Hypothekenbank AG	3100 St. Pölten Kremser Gasse 20 Telefon 02742/4920 Telefax 02742/4920 1444 www.hypobank.co.at	Vorstand: Generaldirektor Ing. Mag. Werner Schmitzer, Vorsitzender Dr. Günter Matuschka Dr. Wilhelm Miklas
Oberösterreichische Landesbank AG	4010 Linz Landstraße 38 Telefon 0732/7639 Telefax 0732/7639 205 www.hypo.at	Vorstand: Generaldirektor Dr. Wolfgang Langbauer, Vorsitzender Generaldirektor-Stv. Dr. Karl Wiesinger, Vorsitzender-Stv. Mag. Emil Lauß
Salzburger Landes- Hypothekenbank AG	5010 Salzburg Residenzplatz 7 Telefon 0662/8046 Serie Telefax 0662/8046 3003 www.hypobank.sbg.at	Vorstand: Generaldirektor KR MMag. Dr. Kurt Adelsburg, Dr. Andreas Mitterlehner Dr. Reinhard Salhofer
Landes-Hypothekenbank Steiermark AG	8010 Graz Radetzkystraße 15 Telefon 0316/8051 Telefax 0316/8051 264 www.hypostmk.co.at	Vorstand: Generaldirektor Dkfm. Alfred Goger, Vorsitzender Dr. Edwin Knoll, Vorsitzender-Stv. Dr. Ludwig Sik
HYPO TIROL BANK AG	6021 Innsbruck Meraner Straße 8 Telefon 0512/5911 Telefax 0512/5911 2150 www.hypotiro.at	Vorstand: Dr. Josef Prader, Vorsitzender Dr. Siegfried Rainer-Theurl, Vorsitzender-Stv. Walter Mair
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG	6901 Bregenz Hypo-Passage 1 Telefon 05574/414 Telefax 05574/414 457 www.hypovbg.at	Vorstand: Dkfm. Dr. Jodok Simma, Vorsitzender Dr. Ernst Stadelmann, Vorsitzender-Stv. Mag. Dr. Johannes Hefel

(Stand: April 2002)

## TÄTIGKEITSBERICHT 2001

### AUSSERORDENTLICHE MITGLIEDER

Österreichischer Gemeindebund	1010 Wien 1 Löwelstraße 6 Telefon 01/5121480 Telefax 01/5121480 72	Vertreten in der Vollversammlung und im kommunalen Ausschuß durch: Bürgermeister Helmut Mödlhammer, Präsident Hofrat Dr. Robert Hink, Generalsekretär
Österreichischer Städtebund	1082 Wien 8 Rathaus Telefon 01/4000 89985 Telefax 01/4000 9989980	Vertreten in der Vollversammlung durch: Obersenatsrat Dkfm. Dr. Erich Pramböck, Generalsekretär
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands	D-10832 Berlin Lennéstraße 17 Telefon 004930/8192 0 Telefax 004930/8192 222	Vertreten in der Vollversammlung durch: Dr. Bernd Lüthje, Hauptgeschäftsführer
Bank Austria AG 8941/Hypotheken- bankgeschäft	1020 Wien Obere Donaustraße 19 Telefon 01/71191 Telefax 01/71191 55657	Vertreten in der Vollversammlung durch: Mag. Alfred Simon

### LÄNDERBEIRAT

#### MITGLIEDER

##### Burgenland:

Landesrat Helmut Bieler  
Direktor KR Dr. Wolfgang Ulrich

##### Kärnten:

Landesrat Ing. Karl Pfeifenberger  
Direktor Dr. Wolfgang Kulterer

##### Niederösterreich:

Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka  
Generaldirektor Ing. Mag. Werner Schmitzer

##### Oberösterreich:

Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer  
Generaldirektor Dr. Wolfgang Langbauer

##### Salzburg:

Landeshauptmann-Stv. Wolfgang Eisl  
Generaldirektor MMag. Dr. Kurt Adelsburg

##### Steiermark:

Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paiarl  
Generaldirektor Dkfm. Alfred Goger

##### Tirol:

Landeshauptmann-Stv. Ferdinand Eberle  
Direktor Dr. Josef Prader

##### Vorarlberg:

Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber  
Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma

##### Verband:

Generalsekretär Mag. Dietmar Rupar

### PFANDBRIEFSTELLE

Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	1043 Wien Brucknerstraße 8 Telefon 01/5058732 0 Telefax 01/5058732 64	Vorstand: Mag. Dietmar Rupar geschäftsführender Direktor Dr. Christoph Hiesberger stv. geschäftsführender Direktor Dr. Hannes Leitgeb
---	--	--

(Stand: April 2002)

# I N H A L T

<b>WIRTSCHAFTSLAGE</b> .....	<b>5</b>
Währungspolitik .....	6
Geld und Kredit .....	7
Kapitalmarkt .....	10
<b>DAS RECHTLICHE UMFELD</b> .....	<b>13</b>
Bankrecht .....	13
Internationale Entwicklungen .....	15
EU-Themen .....	15
Steuern .....	16
<b>GESCHÄFTSPOLITIK</b> .....	<b>18</b>
Die österreichische Kreditwirtschaft im Jahr 2001 .....	18
Die Hypos im Jahr 2001 .....	18
Ausfallbürgschaft § 1356 ABGB .....	19
Strategische Partnerschaften .....	20
Gemeinsame Einrichtungen des Sektors .....	20
Internationale Kontakte .....	23
Geschäftsverlauf .....	23
Ausblick für 2002 .....	25
<b>GESCHÄFTSENTWICKLUNG</b> .....	<b>28</b>
Aktivgeschäft .....	28
Passivgeschäft .....	30
<b>MITARBEITER</b> .....	<b>34</b>
Kollektivvertrag .....	34
Ausbildung .....	34
<b>MITGLIEDSINSTITUTE</b> .....	<b>36</b>

## DIE ÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFT

Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft verlangsamte sich im Jahresverlauf spürbar. Während es im 1. und 2. Quartal noch Zuwächse gab, verringerte sich das BIP im 3. und 4. Quartal. Dennoch wuchs die österreichische Wirtschaft 2001 real um 1%. Ursächlich für diese Entwicklung war der Einbruch des Welt Handels, der das Wachstum der österreichischen Exporte von 12,2% im Jahr 2000 auf 5,5% verlangsamte. Das Wachstum des privaten Konsums, das im Vorjahr noch für kräftige Impulse sorgte, halbierte sich, bedingt durch die sehr geringe Einkommensdynamik und die höheren Verbraucherpreise auf 1,3%.

Wie bereits in der Vergangenheit erwiesen sich die Anlageinvestitionen als sehr konjunkturtauglich. Erstmals seit 1996 ist die Investitionstätigkeit zum Vorjahr real zurückgegangen. Insgesamt sind die Bruttoinvestitionen um 2,6% geschrumpft, wobei die im Vorjahr noch stark boomenden Ausrüstungsinvestitionen um 0,8% gefallen sind. Dieser Rückgang wurde vor allem durch sinkende Investitionen in Maschinen und Geräte verursacht, während der Bereich Fahrzeuge noch schwach wuchs.

Der Tourismus entwickelte sich im abgelaufenen Jahr sehr positiv. Die realen Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr stiegen um 5%. Nach dem 11. September wurde Österreich für Gäste aus Europa, die ihr Reiseziel ohne Flugzeug erreichen wollten, attraktiver. Die Qualitätsverbesserung des Angebotes setzte sich fort, die Zahl der Gäste nahm in 4- und 5-Sterne-Hotels beträchtlich zu, in einfachen Privatquartieren dagegen ab. Diese Strukturverbesserung hatte zur Folge, daß sich die Ausgaben je Nächtigung merklich erhöhten. Insgesamt konnten im Jahr 2001 um 1,2% mehr Nächtigungen registriert werden als 2000. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Nächtigungen von Ausländern zurückzuführen,

während sich die Inländernachtigungen unterdurchschnittlich entwickelten.

Besonders hart hat es im Berichtsjahr die Baubranche getroffen. Nachdem sich die Entwicklung der realen Bauinvestitionen seit Mitte der 90er Jahre um ein Nullwachstum bewegt hat, wurde im Jahr 2001 mit einem Rückgang um 2,2% ein Tiefpunkt in dieser Entwicklung erreicht. Für das kommende Jahr zeichnet sich nur eine langsame Erholung der Bautätigkeit ab, sodaß erst wieder im Jahr 2003 mit einer positiven Wachstumsrate der realen Bautätigkeit zu rechnen ist. Die negative Entwicklung in den letzten Jahren begründet sich vornehmlich aus dem Bereich Hochbau, und hier sowohl aus dem Wohnbau als auch aus dem Industrie- und Ingenieurbau.

Im Wohnbau war 2001 bereits das fünfte Jahr in Folge eine negative Wachstumsrate zu verzeichnen und aus den Bewilligungszahlen im Wohnungsneubau lassen sich keine Schlüsse für eine Umkehr dieser Tendenz ziehen. Im Tiefbau ist zwar eine positivere Entwicklung zu erwarten, unter anderem auch getragen vom stärkeren Engagement der öffentlichen Hand. Die von der Bundesregierung zur Stützung der Konjunktur angekündigten zusätzlichen Investitionen werden zwar ein noch stärkeres Absacken der Baukonjunktur abfedern, werden aber nicht ausreichen, um die Baukonjunktur noch im laufenden Jahr in den Bereich positiver Wachstumsraten zu befördern. Aus dem Zusammenwirken von besserer Konjunkturlage und Fördermaßnahmen ist für das Jahr 2003 hingegen wieder von einem bescheidenen Wachstum der Bauinvestitionen um 1% auszugehen. Es ist jedoch zu bezweifeln, ob kurzfristig angelegte Investitionspakete eine nachhaltige Verbesserung für den heimischen Bausektor bewirken werden.

Im Jahresdurchschnitt 2001 betrug die Inflationsrate 2,7%, wobei die Inflation ihren Höchststand in der Jahresmitte erreichte und

INFLATIONS-  
RATE

sich in der zweiten Jahreshälfte wieder deutlich abschwächte. Insbesondere in den Bereichen Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak, Gesundheit und Bildung lassen sich überdurchschnittliche Preissteigerungen ausmachen. Der Preisauftrieb bei Lebensmitteln war eine Folge der BSE-Krise und der Maul- und Klauenseuche. Der Anteil der Steuer- und Gebührenerhöhungen (Autobahnvignette, Ambulanzgebühr, Kfz-Steuer und Studiengebühren) machte einen halben Prozentpunkt der Inflationsrate aus. Entgegen mancher Erwartungen wurde der Preisauftrieb durch die Euro-Bargeldeinführung nicht beschleunigt.

## ARBEITS- LOSENQUOTE

Im Jahresdurchschnitt 2001 lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen mit 203.900 um 5% über dem Niveau des Vorjahres. Dies ist insbesondere auf die Abschwächung der internationalen Konjunktur und der Baukrise zurückzuführen. Die Industriebeschäftigung hielt dem Konjunkturereinbruch dank günstiger Exportentwicklung lange Zeit stand, erst in den letzten Monaten zeigte sich auch hier eine ausgeprägte Abwärtstendenz. Nach 3,3% im Vorjahr kletterte die Arbeitslosenquote auf 3,9% nach EUROSTAT-Definition. Das entspricht einem Anstieg von zuletzt 5,8% auf 6,1% nach nationaler Definition. Von den knapp 300.000 gemeldeten Arbeitslosen sind ca. zwei Drittel männlich, das ist nicht zuletzt auf die anhaltende Rezession im Bausektor, insbesondere im Hochbau zurückzuführen.

## SPARQUOTE

Während die Sparquote 1995 noch bei fast 12% lag, nimmt sie seither kontinuierlich ab. Lag sie im Berichtsjahr bei 7,3%, so wird ihr Tiefpunkt für 2002 mit 7% prognostiziert. Die Phase des Abbaus der Sparquote war dadurch bedingt, daß das Wachstum der Einkommen hinter den längerfristig erwartenden Soll-Werten zurückgeblieben ist, daß aber Pläne und Gewohnheiten dieser schwächeren Dynamik nicht angepaßt wurden. Für 2003 wird eine leichte

Zunahme auf etwa das Niveau des Berichtsjahres erwartet.

Das Defizit der Leistungsbilanz verringerte sich 2001 um 0,5 Mrd. €. Dazu trugen neben dem Reiseverkehr auch die sonstigen Dienstleistungen und die nichtaufteilbaren Leistungen sowie die durch die schwache Binnenmarktnachfrage ausgelöste geringere Importdynamik bei.

## LEISTUNGS- BILANZDEFIZIT

Der Staatshaushalt war 2001 erstmals seit drei Jahrzehnten ausgeglichen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß der Budgetvollzug des Bundes deutlich günstiger verlief als erwartet. So betrug das administrative Defizit letztlich nur 1,4 Mrd. €. Diese Verbesserung ist zu einem großen Teil auf die Entwicklung der Bundesabgaben zurückzuführen.

## AUSGEGLICHTER STAATSHAUSHALT

Hier machten sich die Maßnahmen des Konsolidierungspaketes 2001 stärker als ursprünglich erwartet bemerkbar, vor allem die neu eingeführte Verzinsung von Steuerrückständen führte zu hohen Anzahlungen. Allerdings erreichte die Abgabenquote mit 45,5% des BIP einen historischen Höchststand.

## WÄHRUNGSPOLITIK

2001 war das Jahr der Euro-Bargeldumstellung. Bis dahin war seit 1925 mit einer Unterbrechung von sieben Jahren während des 2. Weltkriegs der Schilling dank seiner D-Mark Kopplung nach dem 2. Weltkrieg mit großem Erfolg unsere heimische Währung. Mit dem 28.2.2002, dem Ende der dualen Phase, gehörte die Ära des Schillings der Vergangenheit an. Für die österreichische Kreditwirtschaft war das Großprojekt Euro-Umstellung eine besondere Herausforderung. Mit der Einführung des Euro-Bargelds wurde die intensive, bereits seit 1995 laufende Vorbereitung der Kreditwirtschaft erfolgreich abgeschlossen.

Der Aufwand auf Bankenseite zur Sicherstel-

lung eines reibungslosen Umstellungsablaufs war entsprechend groß. Seit Februar 2000 waren insgesamt 3.000 MitarbeiterInnen der heimischen Kreditinstitute in diversen Euro-Projekten im Einsatz. Damit die kostenlose Umstellung von mehr als 55 Mio. Konten zum Jahreswechsel und die reibungslose Systemumstellung im Vorfeld vollzogen werden konnten, wurden ca. 1.400 Personenjahre an hochqualifiziertem Personal seit sieben Jahren aufgewendet. Mit Hilfe eines umfassenden statistischen Konzepts gelang es den Banken, die Vorverteilung von Euro-Banknoten und -Münzen im Wert von rund 10 Mrd. € (fast 140 Mrd. Schilling) und mit einem Gewicht von rd. 6.200 Tonnen perfekt abzuwickeln und damit einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit in Österreich zu leisten. Durch die eigens eingerichtete Arbeitsgemeinschaft Banken-Eurologistik wurden ca. 6.700 Bankfilialen und Postämter zusätzlich zum Normalgeschäft versorgt.

Die Gesamtkosten der Kreditwirtschaft für die Vorbereitung und Umsetzung des Mega-Projekts Euro bis zur Einführung des Euro-Bargelds werden mit rund 600 Mio. € (ca. 8,3 Mrd. Schilling) beziffert. 55% davon entfielen auf die Vorbereitung bis zur Einführung des Euro als Buchgeld am 1.1.1999, 45% der Kosten sind der Bargeldeinführung im Zeitraum 1999–2002 anzurechnen.

Wesentlich zur Vereinfachung für die Umstellung der Kunden hat auch die Forcierung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs beigetragen. So konnten in den sieben Jahren seit dem Start der Vorbereitung die Zahl der Bankomatkassen von 2.400 auf 60.000 gesteigert werden.

## GELD UND KREDIT

GELDVOLUMEN/  
AGGREGIERTE  
BILANZSUMME

Im Berichtsjahr stieg das Geldvolumen M1 um 3,7% auf 59.262 Mio. € an, wobei die darin enthaltene Bargeldmenge drastisch reduziert

wurde, und zwar von 12.079 Mio. € auf 8.217 Mio. €, das sind beinahe 32%.

In diesem Rückgang spiegeln sich die erfolgreichen Bemühungen der Kreditwirtschaft wider, die Schilling-Bargeldmenge gegen Jahresende auf das absolut notwendige Minimum zurückzuführen.

Nach einem sehr erfolgreichen Jahr 2000 gestaltete sich das Jahr 2001 für die in Österreich tätigen Kreditinstitute unter anderem aufgrund der internationalen Konjunkturabschwächung vor allem im Kreditgeschäft äußerst schwierig. Das Bilanzsummenwachstum verlangsamte sich nach einem Zuwachs von 38,7 Mrd. € oder 7,3% im Jahr 2000 auf 25,04 Mrd. € bzw. 4,5% im Jahr 2001. Hierbei müssen allerdings die Umstrukturierungsmaßnahmen der Bank Austria im Zuge der Integration mit der Bayrischen Hypo- und Vereinsbank AG als wesentlicher Faktor berücksichtigt werden. Durch diese Umstrukturierung mußte der Sparkassensektor als einziger Sektor im Jahr 2001 einen Marktanteilsverlust hinnehmen. Die aggregierte Bilanzsumme reduzierte sich um 4,7%. Alle anderen Kreditinstitutssektoren wiesen Zuwächse auf. Prozentuell am stärksten wuchs der Volksbankensektor mit +19,3%, gefolgt von den Landes-Hypothekenbanken mit +12,2%, und den Raiffeisenbanken mit +10,5%. Unterdurchschnittlich entwickelten sich lediglich die Bausparkassen, die ihre Bilanzsumme nur um 2,9% erhöhen konnten.

Die Auswirkungen des Cash-Changeovers wirkten sich in der Bankbilanz am deutlichsten in der Kassenliquidität der Kreditinstitute aus. Diese lag per 31.12.2001 bei 10,35 Mrd. € und somit um 62,6% über dem Vergleichswert des Vorjahrs. Dafür war die Unterposition „Guthaben bei der Oesterreichischen Nationalbank“ verantwortlich, das relativ deutlich um 3,92 Mrd. € oder 105,2% anwuchs. Hierbei

mußten die Kreditinstitute refinanzierungsfähige Sicherheiten, sogenannte Cash Collaterals in der Höhe der vorab verteilten Bargeldmenge (*Front Loading*) stellen, die im Berichtsjahr noch nicht angelastet wurden.

Seit Beginn des Berichtsjahres ging die Anzahl der Bankstellen in Österreich um 26 Standorte auf 5.453 zurück.

Parallel zur schlechten Konjunktorentwicklung schwächte sich 2001 auch das Direktkreditwachstum deutlich ab. Betrag der Zuwachs im Jahr 2000 noch 14,09 Mrd. € (6,7%), so halbierte er sich 2001 auf 7,92 Mrd. € (3,5%). Während im Jahr 2000 noch rund 45% des Kreditwachstums aus Fremdwährungskrediten resultierten, verringerte sich deren Anteil 2001 auf rund 36%. In absoluten Zahlen ausgedrückt stand einer Zunahme der Kredite in Fremdwährung von Gegenwert 6,40 Mrd. € im Vorjahr ein Plus von nur mehr 2,83 Mrd. € im Jahr 2001 gegenüber. Der Anteil der Kredite in Fremdwährungen an den insgesamt vergebenen Direktkrediten erhöhte sich somit seit Beginn des Jahres 2001 nur geringfügig um 0,7 Prozentpunkte auf 18,2%. Noch im Jahr 2000 war eine Erhöhung um 1,8 Prozentpunkte feststellbar gewesen. Das Wachstum der in Schilling vergebenen Direktkredite schwächte sich ebenfalls ab, wenn auch nicht so stark. Betrag der Anstieg im Jahr 2000 noch 7,69 Mrd. € (4,3%), reduzierte er sich 2001 auf 5,09 Mrd. € (2,7%).

Aufschlußreich ist eine Betrachtung der Kredite nach Größenklassen:

Im Bereich der Eurokredite dominierten kleinere Beträge bis zu 50.000,- ATS (vor allem Überziehungen von Girokonten), gefolgt von Krediten zwischen 50.000,- ATS und 1 Mio. ATS, wogegen Fremdwährungskredite am häufigsten in einer Größe zwischen 1 und 5 Mio. ATS vergeben wurden. Das deutet darauf hin, daß Fremdwährungsausleihungen der-

zeit bei privaten Haushalten sowie Klein- und Mittelbetrieben besonders populär sind.

Am Ende des Berichtsjahrs waren etwas mehr als die Hälfte (50,6%) aller Fremdwährungsausleihungen in Schweizer Franken denominiert. Noch zum Jahresultimo 2000 waren es 58,7% gewesen. Bevor der Wechselkurs des Schweizer Franken gegenüber dem Euro gestiegen ist, reduzierte sich der Stand der Kredite in Schweizer Franken um 8%. Die Kredite in JPY erfreuten sich hingegen weiterhin großer Nachfrage. Ihr Anteil an den gesamten Fremdwährungsausleihungen erhöhte sich seit Beginn des Jahres 2001 um rund 1/3 von 34% auf 42,1%.

Da sich der Wechselkurs des JPY im selben Zeitraum um etwa 5% verringerte, war der reale Anstieg noch höher.

Innerhalb der Direktkredite wuchsen die Einmalkredite, das heißt nicht wieder ausnützbare Kredite mit 3,63 Mrd. € (+3,6%) betragsmäßig am stärksten. Diese Kreditart macht rund die Hälfte aller vergebenen Direktkredite aus. Mit einem Zuwachs von 3,34 Mrd. € (+5,6%) waren die Kontokorrentkredite die zweitwichtigste Kreditform.

Aufgrund der erwähnten Umstrukturierung des Bank Austria-Konzerns reduzierte sich der Anteil der Auslandsaktiva an der Gesamtbilanzsumme von 28% auf 26,6%. Die Bilanzsumme der Auslandsfilialen der österreichischen Kreditinstitute halbierte sich auf 19,5 Mrd. €, das waren 3,3% der Bilanzsumme aller Kreditinstitute. Innerhalb der Auslandsforderungen reduzierten sich die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ausländischer Emittenten mit 24,3% am stärksten. Noch im Jahr 2000 war diese Position um 55,2% gestiegen. Der ausländische Zwischenbankverkehr wurde hingegen weiter ausgebaut (+3,5%), wenn auch bei



weitem nicht mehr so dynamisch wie im Jahr 2000 (+18,9%).

Auch auf der Passivseite reduzierten die Kreditinstitute ihre Auslandspositionen um 0,6% gegenüber 18,7% im Jahr 2000. Innerhalb der Auslandsverbindlichkeiten verringerten sich die ausländischen verbrieften Verbindlichkeiten mit 2,9% am stärksten.

Im Jahr 2001 erlebten die Einlagen einen seit Beginn der 90er Jahre nicht mehr dagewesenen Aufschwung. Erhöhten sich die Einlagen im Jahr 2000 nur um 3,99 Mrd. € oder 2,3%, so lag der Zuwachs im Jahr 2001 bei 13,77 Mrd. € oder 7,8%. Während sich aber die Fremdwährungseinlagen um 19,1% reduzierten, stiegen die Einlagen in Euro um 8,4%. Noch im Jahr zuvor hatten die Kreditinstitute einen Fremdwährungszuwachs von 7,3% gemeldet. Die Landes-Hypothekenbanken verzeichneten dabei den zweitgrößten prozentuellen Einlagenanstieg mit +21,9%.

Innerhalb der Einlagen war das betragsmäßige Wachstum der Sichteinlagen, zu denen auch Gehalts- und Pensionskonten zählen, mit 2,97 Mrd. € (8,3%) von allen Einlagenarten am geringsten. Der Anstieg war im Jahr 2000 bei 4,53 Mrd. € (14,4%) gelegen. Der durchschnittliche Zinssatz für Einlagen auf Gehalts- und Pensionskonten betrug 0,25%.

Lag das Wachstum der Termineinlagen im Jahr 2000 noch bei 2,09 Mrd. € oder 11,6%, so stiegen sie im Berichtsjahr kräftig um 5,07 Mrd. € oder 25,1%. Etwas mehr als die Hälfte aller Termineinlagen wurden dabei von Unternehmen gehalten.

## ZINSSÄTZE

Im November des Jahres beschloß der EZB-Rat, die Leitzinsen um weitere 50 Basispunkte auf 3,25% zu senken. Der Kurs Euro zu US-Dollar betrug zum Ultimo 0,88 Dollar.

Rund 80% der Ausleihungen an die Unternehmen wurden in Euro gehalten. Die Zuwachsrate war allerdings bei den Fremdwährungs-

krediten größer. Der durchschnittliche Zinssatz für Kommerzkredite reduzierte sich seit Dezember 2000 um 1,15 Prozentpunkte auf 5,80%. Beim öffentlichen Sektor ging der durchschnittliche Zinssatz für Kommunaldarlehen in derselben Periode um 0,97 Prozentpunkte auf 4,31% zurück. Den größten Kreditzuwachs von allen volkswirtschaftlichen Sektoren erreichten mit 6,1% die privaten Haushalte. Hier lag der Durchschnitt des Zinssatzes bei 6,89%, das sind um 0,92 Prozentpunkte weniger als im Dezember 2000. Bei der Wohnraumbeschaffung in Euro gab der durchschnittliche Zinssatz um 0,74% auf 5,64% nach.

Seit Beginn der Währungs- und Wirtschaftsunion war eine deutliche Ausweitung der Derivatgeschäfte, insbesondere bei Zinssatzgeschäften, bemerkbar. Allein im Jahr 2001 wuchs das Volumen um 323,67 Mrd. € oder 41,1%, somit erhöhte sich das Verhältnis der Derivatgeschäfte zur Bilanzsumme seit Dezember 2000 um 49 Prozentpunkte auf 189%.

Die Kreditinstitute hielten mit Ultimo 41,98 Mrd. € an Eigenmittel, das waren um 4,55 Mrd. € (+12,1%) mehr als noch zu Beginn des Jahres 2001. Somit erhöhte sich auch die Eigenmittelausstattung in Prozent der Bemessungsgrundlage um 0,7 Prozentpunkte auf 14,6%. Rund 65% der gesamten Eigenmittel bestanden aus dem hochwertigsten Kapital, dem Kernkapital. Die Kernkapitalquote, das ist das Kernkapital dividiert durch die Bemessungsgrundlage (Mindestausstattung gemäß BWG 4%), erhöhte sich gegenüber Dezember 2000 geringfügig um 0,4 Prozentpunkte auf 9,5%. Die Kernkapitalquote des Hypo-Sektors belief sich dabei auf 7%, die Eigenmittel auf 11% der Bemessungsgrundlage. Gesamtsektoral wuchsen die anrechenbaren Eigenmittel um 11,9% auf 39,56 Mrd. €. Das nur für das Marktrisiko verwendbare Tier 3-Kapital stieg deutlich um 53,2% auf 2,41 Mrd. € an.

## EIGENMITTEL

## SPAREINLAGEN

Trotz der Abschaffung der Sparbuchanonymität und sinkender Zinsen erlebte das klassische Sparbuch im Jahr 2001 eine Renaissance. Nach einem äußerst schlechten Vorjahr (-2,63 Mrd. € bzw. -2,2%), das aufgrund höherer Renditeerwartungen von Umschichtungen in Richtung Investmentfonds geprägt war, belief sich der Zuwachs im Jahr 2001 auf 5,73 Mrd. € oder 4,8%. Der Grund dafür ist sicher auch im sehr schwachen Abschneiden der Investmentfonds im Jahr 2001 zu suchen. Obwohl sich der durchschnittliche Zinssatz für Spareinlagen verringerte, erhöhte sich der Stand der kapitalisierten Spareinlagenzinsen um 180 Mio. auf 3,12 Mrd. €. Angesichts der angespannten Situation auf den internationalen Kapitalmärkten war es vielen Anlegern offensichtlich ein Bedürfnis, geringere, dafür aber sichere Erträge zu lukrieren.

Die Struktur der Spareinlagen nach der Höhe weisen trotz Wegfall der Sparbuchanonymität keine großen Veränderungen auf. Mehr als 80% aller Spareinlagen lauteten nach wie vor auf Beträge bis 100.000,- ATS. Die Anzahl der Spareinlagen bis 100.000,- ATS bzw. zwischen 100.000,- – 500.000,- ATS erhöhte sich geringfügig, während die Anzahl der Spareinlagen über 1 Mio. ATS etwas gesunken ist.

## KAPITALMARKT

### RENTENMARKT

## GESAMT- UMLAUF

Der Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) hat eine weitere Integration der europäischen Rentenmärkte begünstigt. Private Emittenten konnten zu Lasten öffentlicher Emittenten deutlich zunehmen, internationale institutionelle Investoren dominierten. Die Analyse zeigt, daß sich diese internationalen Trends teilweise auf dem österreichischen Rentenmarkt widerspiegeln. Die Emissionen des Bundes sind weiter gestiegen, wodurch dessen führende Position gegenüber den Kreditinstituten stärker ausgebaut

wurde. Hingegen haben sich ausländische Emissionen österreichischer Emittenten weit aus dynamischer entwickelt als die Bundes-Emissionen. Der Umlauf betrug insgesamt 169,609 Mrd.€, das sind um 11,655 Mrd. € oder 7,4% mehr als im Jahr davor.

Die eigenen Inlandsemissionen der in Österreich tätigen Kreditinstitute erhöhten sich im Gesamtjahr 2001 um 2,29 Mrd. € oder 4,4%. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das aber mehr als eine Halbierung des Zuwachses (+5,17 Mrd. € oder 11%). Rund die Hälfte davon stammte aus Emissionen in Euro. Noch im Vorjahr hatte der Anstieg zu mehr als 80% aus Euro-Emissionen resultiert. Innerhalb der eigenen Emissionen war der Zuwachs der begebenen Schuldverschreibungen (+7,6%) am größten. Im Jahr 2000 war die Steigerung ähnlich ausgefallen.

Die Benchmarkrendite Bund 10 Jahre betrug 2001 4,62% nach 5,32% im Vorjahr. Es sind Überlegungen für einen Wechsel der Benchmark auf den 5-Jahres-Euro-Zinsswap im Gange. Dieser betrug 2001 im Durchschnitt 4,556%.

### AKTIENMARKT

Das Börsejahr 2001 war nicht nur wegen der Geschehnisse des 11. September ein besonders schwieriges Jahr. Nach den Kurseinbrüchen im Jahr 2000 konnte die Börse auch im Berichtsjahr nicht Tritt fassen. Zwar war der ATX noch im Jahr 2000 von den Aufnahmen von Werten wie Cybertron, BetandWin, Telekom Austria oder Head geprägt, jedoch mußten im Berichtsjahr neben Bank Austria auch die Brau Union und Semperit den ATX verlassen. Damit hat sich allerdings der Index wieder der Soll-Marke von 20 Werten und somit einer stabileren Datenbasis angenähert. Die Branchenstruktur des ATX hat sich merklich verändert und sich den internationalen Aktienmärkten angepaßt.

BRUTTO-  
NETTO-  
EMISSIONEN

SEKUNDÄR-  
MARKTRENDITE

WIENER BÖRSE  
AG 2001

TABELLE 1

**KAPITALMARKT**

	2000	2001	Veränderung	
	in Millionen Euro		in %	
<b>A) Brutto-Emissionen des Rentenmarkts im Jahr 2001</b>				
Bund	14.252	14.793	541	3,8
Sonstige Öffentliche Stellen	15	54	38	252,1
Sonstige inländische Nichtbanken	517	956	440	85,1
Summe inländische Nichtbanken	14.784	15.803	1.019	6,9
Ausländ. Emittenten	0	2	2	0,0
Summe Emissionen von Nichtbanken	14.784	15.805	1.021	6,9
Emissionen von Kreditinstituten				
Hypotheken- und Öffentliche Pfandbriefe	610	409	-201	-33,0
Anleihen und andere Bankschuldverschreibungen	13.757	13.409	-349	-2,5
Summe Emissionen von Kreditinstituten	14.367	13.817	-550	-3,8
Summe Emissionen insgesamt	29.151	29.623	471	1,6
<b>B) Umlauf zum 31.12.2001</b>				
Bund	89.412	98.392	8.980	10,0
Sonstige Öffentliche Stellen	1.383	1.216	-167	-12,1
Sonstige inländische Nichtbanken	3.405	3.388	-17	-0,5
Summe inländische Nichtbanken	94.200	102.996	8.796	9,3
Ausländ. Emittenten	1.302	894	-408	-31,4
Summe Emissionen von Nichtbanken	95.503	103.890	8.387	8,8
Emissionen von Kreditinstituten				
Hypotheken- und Öffentliche Pfandbriefe	11.651	10.565	-1.086	-9,3
Anleihen und andere Bankschuldverschreibungen	50.801	55.155	4.354	8,6
Summe Emissionen von Kreditinstituten	62.452	65.720	3.268	5,2
Summe Emissionen insgesamt	157.954	169.610	11.656	7,4

Quelle: OeNB

Weiterhin stark gewichtet blieben allerdings die Werte der Old Economy im Wiener Markt, die dazu beitrugen, daß sich Wien insgesamt besser behaupten konnte als seine internationalen Schwesterbörsen. Im ersten Halbjahr noch der Börsenstar in Europa, mußte die Börse Wien im zweiten Halbjahr deutliche Abstriche hinnehmen. Immerhin sank der Index nach dem Halbjahr noch um 100 Punkte. Der 11. September ließ Gewinnmitnahmen einsetzen und den Index zwischenzeitlich sogar unter die 1000-Punkte-Marke rutschen. Auch die acht Börsengänge im Berichtsjahr erreichten nur kleinste Volumina.

## ATX / WBI

Der ATX hat sich trotz der Einbußen nach dem 11. September bis zum Jahresende auf Plus 7,19% oder 1.146,53 Punkte verbessert und im internationalen Vergleich deutlich abheben können. Der WBI schloß mit 464,81 Punkten, das sind 7,95 Punkte oder 17 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000.

## MARKTKAPITALISIERUNG

Die Börsenumsätze der inländischen Aktien beliefen sich am Jahresende auf einen Kurswert von 16,283 Mrd. € nach 20,381 Mrd. € im Vorjahr. Inklusive der inländischen Partizipationsscheine, ausländischen Aktien und Optionsscheinen betrug das Volumen 17,090 Mrd. € gegen 20,810 Mrd. € im Jahr 2000.

## OPTIONEN- UND FUTURES-MARKT

Am Derivativenmarkt wurden 2001 insgesamt 1,801.652 Kontrakte gehandelt, somit um etwa 5% mehr als im Vorjahr. Die Indexkontrakte kamen dabei auf 395.772, die Aktienkontrakte auf 1,239.969 und die CECE-Kontrakte auf nur mehr 165.911 gehandelte Kontrakte.

## INVESTMENTFONDS

Trotz der ungünstigen Konjunktorentwicklung und den Turbulenzen des Anschlages vom 11. September zeigte sich 2001 in Österreich weiterhin eine sehr hohe Anlagebereitschaft bei Investmentfonds. Auf Basis des Veranlagungsvolumens 2000 erreichte das im Jahr 2001 in Investmentfonds veranlagte Kapital mit +7,6% knapp die Wachstumsrate des Spareinlagenvolumens. Dabei floß der überwiegende Anteil in die Publikumsfonds für Privatanleger. Die institutionellen Investoren zeigten sich im Berichtsjahr sehr verhalten. Per Dezember 2001 veranlagten die 23 österreichischen Kapitalanlagegesellschaften mit ihren 1.720 aufgelegten Investmentfonds einen Vermögensbestand von 86,8 Mrd. €.

Die Marktdurchdringung mit Investmentfonds ist in Österreich vergleichsweise hoch. Österreich liegt hinter Luxemburg, Irland und Frankreich mit einem Pro-Kopf-Fondsveranlagungsvolumen von rund 10.700 € auf Platz 4 in der europäischen Rangliste.

Hinsichtlich der Veranlagungsstruktur der Investmentfonds ergibt sich mit 59% weiter eine Dominanz der Rentenwerte, gefolgt von Aktien und Beteiligungspapieren mit einem Anteil von 19% und Investmentzertifikaten mit 17%. Kapitalmarktbedingt änderte sich die seit Jahren zu beobachtende Wertentwicklung des massiv steigenden Aktienanteils am Veranlagungsportfolio der Investmentfonds. Im Berichtsjahr entwickelten sich nur 17% von den 441 aufgelegten Aktienfonds positiv, von den gemischten Fonds waren 35% positiv und bei den Rentenfonds 89%.

## DAS RECHTLICHE UMFELD

### BANKRECHT

#### REFORM DER FINANZMARKT- AUF SICHT

Anfang 2001 stellte das BMF ein Konzept für eine Neuordnung der Finanzmarktaufsicht vor, welches die Einrichtung einer unabhängigen Allfinanzaufsicht unter Einbeziehung der BWA vorsah. Von der Kreditwirtschaft wurde stets die besondere Bedeutung einer effektiven Aufsicht zur Sicherung der Stabilität des Finanzmarktes anerkannt. Dennoch wurde von Beginn der Diskussion an betont, daß bei Reformüberlegungen auch die Kosteneffizienz und die Nutzung von Synergien sowie die Vermeidung von Doppelgleisigkeiten eine wesentliche Rolle spielen muß.

Die österreichische Kreditwirtschaft stand aus diesen Überlegungen und angesichts der Unterschiedlichkeit der zu beaufsichtigenden Bereiche der Einrichtung einer Allfinanzbehörde skeptisch gegenüber und forderte gegebenenfalls eine klare Abgrenzung der Aufsichtsbereiche.

Auch wenn von der Kreditwirtschaft wiederholt darauf hingewiesen wurde, daß der Umstand, daß die Bankenaufsicht eine Kernaufgabe des Staates darstellt, sich auch auf die Kostentragung auswirken müsse, zeichnete sich sehr bald ab, daß ein Großteil der Aufsichtskosten von den beaufsichtigten Instituten zu tragen sein würde. Deshalb wurde eine klare Abgrenzung der Aufgaben zur OeNB gefordert, um Doppelgleisigkeiten bei der Beaufsichtigung zu vermeiden. Neben einer Kostenbegrenzung wurde die Kalkulierbarkeit des Kostenbeitrages gefordert.

In der neuen Aufsichtsbehörde werden neben der Bankenaufsicht auch die Wertpapier-, die Versicherungs- und die Pensionskassenaufsicht zusammengefaßt. An materiellen Änderungen des Aufsichtsrechts wurde die Durchsetzbarkeit und Schnelligkeit aufsichtsrechtlicher Maßnahmen verbessert und die Anforderungen an die Bankprüfer strenger gefaßt.

Darüber hinaus wurde die Stellung des Aufsichtsrates von Kreditinstituten insofern gestärkt, als dieser nun auch selbst Prüfungen durchführen lassen kann.

Ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom Dezember 2001 über die Ausgliederung der BWA sah die verfassungsrechtlichen Grenzen dafür als überschritten an, weshalb auch die Rechtsgrundlage der FMA rechtzeitig bis zum 1.4.2002 zu überarbeiten war. Schließlich wurde nach weiteren Verhandlungen Einvernehmen über eine Verfassungsmehrheit für eine weisungsfreie FMA erzielt. Weiters wurde die Zusammenarbeit zwischen OeNB und FMA bei Prüfungen von Kreditinstituten auf eine gesetzliche Basis gestellt. Die FMA nahm mit 1.4.2002 in Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt den operativen Betrieb auf.

An weiteren materiellen Änderungen des Aufsichtsrechts ist die vorgesehene Rotation des Bankprüfers nach 6 Jahren zu erwähnen. Hier wäre aus Sicht der Kreditwirtschaft ein Wechsel des verantwortlichen Prüfungsleiters im Hinblick auf die Qualität der Prüfung sinnvoller gewesen. Weiters wurde die Möglichkeit der Anrechnung von hybridem Kapital auf die Eigenmittel vorgesehen, um der internationalen Wettbewerbssituation Rechnung zu tragen. Schließlich wurden der OeNB Aufgaben der Zahlungssystemaufsicht übertragen.

Im Rahmen der Bundeskreditsektion wurde eine Verfahrensordnung für eine den Anforderungen des EU-Rechts entsprechende Schlichtungsstelle erarbeitet. Diese wird aus einer unabhängigen und weisungsfreien Ombudsperson sowie einem Büro der Schlichtungsstelle bestehen und für Streitigkeiten aus der Anwendung diverser EU-Vorschriften zuständig sein. Daneben werden die bereits bestehenden sektoralen Streitschlichtungseinrichtungen sowie die in der Praxis eine wichtige Rolle spielenden institutsinternen Ombudsstellen weiter bestehen bleiben. Die Ein-

WEITERE BWG-  
ÄNDERUNGEN

EINRICHTUNG  
EINER OMBUDS-  
STELLE

richtung einer eigenen Ombudsstelle für die Rückabwicklung von Ansprüchen aus Zinsgleitklauseln vor dem 1.3.1997 wurde von der Kreditwirtschaft als nicht sinnvoll angesehen, da bei den im einzelnen sehr komplexen Fällen in Zusammenarbeit mit den Arbeiterkammern individuelle Lösungen gefunden werden konnten.

GELD-  
WÄSCHEREI,  
TERRORISMUS-  
BEKÄMPFUNG

Nach den Terroranschlägen vom 11. September hat sich die österreichische Kreditwirtschaft in einer gemeinsamen Erklärung zur Verhinderung von Finanzgeschäften im Zusammenhang mit dem Terrorismus zur Einhaltung einer besonderen Sorgfalt im Zusammenhang mit verdächtigen Transaktionen bekannt und darauf hingewiesen, daß sie schon bisher erfolgreich bestrebt war, den Mißbrauch ihrer Einrichtungen für kriminelle Zwecke zu verhindern.

In diesem Zusammenhang sieht ein Maßnahmenpaket zur Verhinderung des Mißbrauchs des Finanzsystems zur Terrorismusfinanzierung strengere Bestimmungen bei der Identifikation von Kunden vor. Weiters wurden rechtliche Grundlagen für Maßnahmen gegen in Geldwäschereiangelegenheiten nicht kooperative Länder geschaffen.

In der Praxis hat sich gezeigt, daß die Bestimmungen des österreichischen Bankgeheimnisses der erfolgreichen Bekämpfung der Geldwäscherei sowie der Bekämpfung des internationalen Terrorismus nicht entgegenstehen. Umgekehrt können diese Zielsetzungen keine Rechtfertigung für weitere, oft aus anderen (z. B. fiskalischen) Gründen geforderte Einschränkungen des bewährten österreichischen Bankgeheimnisses sein.

EINLAGEN-  
SICHERUNG

Die Klage der Sicherungseinrichtung des Bankenverbandes, mit der eine teilweise Überbindung der von der Sicherungseinrichtung des Bankenverbandes im Konkursfall Diskont Bank an die Einleger ausbezahlten Beträge auf an-

dere Sektoren erreicht werden sollte, wurde vom OGH abgewiesen. Bei zukünftigen Diskussionen über die Einlagensicherung wird der Umstand, daß in der Sicherungseinrichtung des Hypo-Sektors einer geringen Anzahl von Mitgliedern ein hohes Volumen an gesicherten Einlagen gegenübersteht, eine entscheidende Rolle für die Position unseres Sektors spielen müssen.

Das neue Wirtschaftskammergesetz ist am 1.1.2002 in Kraft getreten, sodaß die Interessenvertretung der Kreditwirtschaft nun als „Bundessparte Bank und Versicherung“ firmiert. Im Hinblick auf die vorgesehenen Einsparungen kann auf die Bedeutung einer ausreichenden personellen Ausstattung für eine effiziente Interessenvertretung nicht oft genug hingewiesen werden.

Die Gesamtinsolvenzen gingen um 3% auf 5.178 Fälle zurück. Allerdings stiegen, bedingt durch einige Großinsolvenzen, die Insolvenzverbindlichkeiten um 31% auf 3,5 Mrd. €. Im einzelnen stiegen die eröffneten Verfahren um 14,5% auf 2.939, dagegen gingen die mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge um 19,3% auf 2.239 Fälle zurück. Das 1. Quartal 2002 zeigt einen Anstieg um 8,7% gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres, allerdings um 18% niedrigere Passiva.

Die eröffneten Schuldenregulierungsverfahren stiegen um 7,4% auf 3.025, weitere 574 Fälle wurden mangels Masse abgewiesen. Die Höhe der Passiva ging um 5,6% auf 0,49 Mrd. € zurück, was auf den geringeren Anteil ehemaliger Unternehmer zurückzuführen sein dürfte. Für den Fall, daß der Zugang zum Verfahren weiter erleichtert werden sollte, ist mit einem weiteren Ansteigen der Anzahl der Privatkonkurse zu rechnen.

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe im BMJ wird eine gesetzliche Regelung des Eigenkapitalersatzrechts vorbereitet, die gegenüber der

WIRTSCHAFTS-  
KAMMER-  
REFORM

INSOLVENZEN

derzeitigen Judikatur größere Rechtssicherheit bieten soll.

### INTERNATIONALE ENTWICKLUNGEN

#### BASLER UND BRÜSSELER EIGENMITTEL- KONSULTA- TIONSPAPIERE

Im Jänner 2001 wurde vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht ein umfassendes zweites Konsultationspapier veröffentlicht, dem kurz darauf ein von der EU-Kommission überarbeitetes Konsultationspapier folgte.

Der Zeitplan für *Basel II* wurde während des Jahres 2001 mehrfach geändert und sieht nun (Stand April 2002) die Durchführung einer weiteren Auswirkungsstudie bis Ende 2002 sowie nach deren Auswertung die Veröffentlichung eines dritten, abschließenden Konsultationspapiers im Mai 2003 vor. Mit der Veröffentlichung der Endfassung kann somit im Verlauf des Jahres 2003 gerechnet werden, mit dem Inkrafttreten wohl nicht vor dem Jahr 2006. Die EU-Kommission plant weiterhin ein gleichzeitiges Inkrafttreten von *Brüssel neu* und der entsprechenden nationalen Gesetze, mit einem umfassenden Richtlinienentwurf ist Mitte 2003 zu rechnen.

Die Hauptforderung der Kreditwirtschaft ist nach wie vor, daß die neuen Eigenmittelregelungen insgesamt zu keiner höheren Eigenmittelbelastung führen dürfen als bisher. Dabei ist auch zu beachten, daß eine höhere Eigenmittelbelastung durch die Berücksichtigung operationaler Risiken zu einer entsprechenden Eigenmittelentlastung beim Kreditrisiko führen muß. Für den Umstieg auf interne Ratings werden positive Anreize geschaffen werden müssen. Von wesentlicher Bedeutung wird auch die Definition der „retail loans“ sein, für die günstigere Risikogewichte vorgesehen sind. Im Hinblick auf die österreichische Wirtschaftsstruktur sollte hier eine möglichst weite Definition gewählt werden.

Hinsichtlich der Zulässigkeit der nur teilweisen Verwendung von internen Ratings zeichnet sich eine Lösung dahingehend ab, daß

Brüssel den sogenannten *partial use* für bestimmte Bereiche (Staaten, Banken) zulassen wird.

Die derzeit vorgesehenen Risikozuschläge für langfristige Kredite sind abzulehnen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Kredite mit langen Laufzeiten auch zu einer Stabilisierung des Finanzsystems beitragen können. Im Hinblick auf die Umsetzung durch Brüssel müssen die Vorschriften so gestaltet werden, daß sie auch von kleinen und mittleren Kreditinstituten erfüllt werden können.

Durch die Säule 2 (Überprüfung der Eigenkapitalausstattung durch die Aufsichtsbehörden) soll den Kreditinstituten ein Anreiz gegeben werden, ihr Risikomanagement zu verbessern. Dabei soll die Aufsicht das Risikoprofil des betreffenden Instituts berücksichtigen.

Was Säule 3 (Veröffentlichungspflichten, Marktdisziplin) betrifft, muß es zu einer weiteren Straffung der Offenlegungsvorschriften und der Berücksichtigung der Größe des betreffenden Kreditinstituts kommen.

### EU-THEMEN

Die EU-Kommission hat zum Aktionsplan Finanzdienstleistungen, mit dem die Verbesserung des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen angestrebt wird, einen weiteren Fortschrittsbericht veröffentlicht. Zu den wichtigsten noch offenen Maßnahmen zählt die Wertpapierdienstleistungsrichtlinie sowie die Änderung einzelner Richtlinien des Gesellschaftsrechts, zu denen die Kommission Legislativvorschläge erstatten wird. Für eine Richtlinie über Insidergeschäfte und Marktmißbrauch sowie eine Prospektrichtlinie liegen Vorschläge vor.

Im Rahmen einer Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie plant die Kommission, den Verbraucherbegriff auszuweiten und den Anwendungsbereich der Richtlinie auf Immo-

AKTIONSPLAN  
FINANZDIENST-  
LEISTUNGEN

ÜBERARBEITUNG  
DER  
VERBRAUCHER-  
KREDITRICHTLINIE

bilienkredite zu erweitern. Aus österreichischer Sicht ist eine Verwässerung der klaren, in der Praxis bewährten Abgrenzung zwischen Unternehmer und Verbraucher abzulehnen. Die Einbeziehung von Immobilienkrediten erscheint insofern nicht gerechtfertigt, als sich die europäischen Kreditinstitutsverbände eben erst freiwillig im Rahmen des Verhaltenskodex Hypothekarkredit zur Ausweitung der vorvertraglichen Verbraucherinformationen verpflichtet haben.

### RICHTLINIE ÜBER DEN FERNABSATZ VON FINANZ- DIENST- LEISTUNGEN

Der im Herbst 2001 verabschiedete gemeinsame Standpunkt des Rates zur Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen beinhaltet neben umfassenden vorvertraglichen Informationspflichten auch ein 14-tägiges Rücktrittsrecht des Verbrauchers, das nur bei Finanzdienstleistungen, deren Preis Marktschwankungen unterliegt, sowie bei hypothekarischen Krediten ausgeschlossen werden kann. Die Richtlinie wird das grenzüberschreitende Anbieten von Finanzdienstleistungen weiter erschweren.

### VERHALTENS- KODEX HYPOTHEKAR- KREDITE

Im Verlauf des Jahres 2001 haben sich alle österreichischen Kreditinstitutssektoren zur Umsetzung des „Freiwilligen Verhaltenskodex über vorvertragliche Informationen für wohnungswirtschaftliche Kredite“ bis Ende 2002 bekannt. Durch den Verhaltenskodex soll die vorvertragliche Information der Verbraucher standardisiert und verbessert werden.

### ÜBERWEISUNGS- VERORDNUNG

Trotz massiver Ablehnung der Kreditwirtschaft wurde von der Europäischen Kommission die Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro verabschiedet. Mit dieser Verordnung wird erstmals direkt in die Preisgestaltung von Marktteilnehmern eingegriffen.

Aufgrund der Verordnung sind Kreditinstitute ab dem 1.7.2002 verpflichtet, für grenzüberschreitende elektronische Zahlungsvorgänge in Euro die gleichen Entgelte zu erheben wie für entsprechende Zahlungsvorgänge im In-

land. Österreich ist daher besonders benachteiligt, da bisher keine Gebühren für Bankomatbehebungen im Inland verrechnet wurden. Spätestens ab dem 1. Juli 2003 müssen Institute für grenzüberschreitende Überweisungen in Euro die gleichen Entgelte einheben wie für entsprechende Überweisungen innerhalb des Mitgliedstaates. Die Verordnung gilt zunächst für Zahlungen bis 12.500 €. Ab dem 1.1.2006 wird der Betrag von 12.500 € auf 50.000 € erhöht.

Um Überweisungen vollautomatisch durchführen zu können, ist die Angabe von IBAN (International Bank Account Number) und BIC (Bank Identifier Code) durch den Kunden erforderlich. Macht der Kunde keine entsprechenden Angaben zu IBAN und BIC, so können ihm von dem Institut zusätzliche Gebühren berechnet werden. Die Institute haben dem Kunden auf Anfrage die eigene IBAN und BIC mitzuteilen.

### STEUERN

Im Juli 2001 wurde von der Kommission ein Entwurf für eine Zinsenbesteuerungsrichtlinie veröffentlicht, der grundsätzlich – wenn auch mit Übergangsfristen – ein System des Informationsaustausches vorsieht. In wichtigen Drittländern sollen „gleichwertige“ Maßnahmen getroffen werden.

Am 13.12.2001 einigten sich die EU-Finanzminister auf einen Text, der für die EU-Kommission als Grundlage für die Verhandlungen mit Drittländern dienen soll. Bedingung für die Verabschiedung der Richtlinie ist – nach Ablauf der siebenjährigen Übergangsfrist – der Erlass gleichwertiger Maßnahmen in den Drittstaaten, wobei aus österreichischer Sicht nur die Einführung eines Systems des Informationsaustausches in diesen Staaten als gleichwertig akzeptiert werden kann. Die Verhandlungen mit den Drittländern sollen bis Ende 2002 abgeschlossen werden. Die Schweiz hat

### EU-RICHTLINIE ZUR BESTEU- ERUNG VON ZINSERTRÄGEN



bereits signalisiert, daß sie einer Zinsabschlagsteuer, nicht aber einem Informationsaustausch, zustimmen könnte. Es ist daher zu hoffen, daß Österreich und Luxemburg weiterhin bei ihrer ablehnenden Haltung zu einem Informationsaustausch bleiben. Ein Nebeneinanderbestehen von Meldesystemen innerhalb der EU und von Zinsabschlagsteuersystemen in wichtigen Drittstaaten wäre aus Wettbewerbsgründen nicht akzeptabel.

### WEITERE STEUERN

Nach der Bargeldumstellung zeigt sich die Dringlichkeit der von der Kreditwirtschaft seit Jahren erhobenen Forderung nach Abschaffung steuerlicher, nicht mehr zeitgemäßer Besonderheiten: Die Abschaffung der Kredit-

vertragsgebühr, die ein österreichisches Unikum darstellt, würde Kredite verbilligen und einen bestehenden Wettbewerbsnachteil beseitigen. Weiters stellt die Eintragungsgebühr in das Grundbuch mit bis 1,2% eine hohe Belastung dar, die dazu führt, daß in vielen Fällen zu Lasten der Sicherheit auf eine Eintragung verzichtet wird. Schließlich würde die Abschaffung der Wechselgebühr Erleichterungen für Klein- und Mittelbetriebe bringen.

Mit einer Novelle zum Gebührengesetz wurden die Stempelmarken per 31.12.2001 endgültig abgeschafft. Weiters konnte der geplante Wegfall der Umsatzsteuerbefreiung für Leistungen von Zusammenschlüssen von Unternehmen verhindert werden.

Die langjährigen Vorbereitungsarbeiten zur EURO-Bargeldeinführung, die zu einem großen Teil gemeinschaftlich von den Banken und der Oesterreichischen Nationalbank durchgeführt wurden, beanspruchten im abgelaufenen Jahr besonders viele Ressourcen, führten aber im Endergebnis zu einer nahezu friktionslosen EURO-Einführung.

Daneben wurden sowohl der Diskussionsprozeß als auch die Vorbereitungsarbeiten zu den neuen Eigenmittelbestimmungen *Basel II* auf sehr hohem Niveau geführt. Die komplexen Rating-Modelle machen es erforderlich, frühzeitig statistisches Material in einer entsprechenden Datenqualität zu erheben. Gleichzeitig wird mit dem Management der operationalen Risiken in der vorgeschlagenen Form zum Teil Neuland betreten, was umfangreiche Implementierungsmaßnahmen zur Einführung automationsgestützter Managementsysteme nach sich zieht.

Die sich weltweit eintrübende Konjunktur und die daraus resultierenden Turbulenzen an den Kapitalmärkten, die im Gefolge der Ereignisse des 11. September ihren Höhepunkt fanden, führten zu einer spürbaren Verringerung der Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft und haben die Volatilität dieser Ertragskomponente klar sichtbar gemacht. Die schwierige konjunkturelle Situation und die damit einhergehenden Konkurse und Ausgleichsverfahren haben überdies zu erhöhten Risikoversorgen geführt.

Die sich bereits im Vorjahr abzeichnende Tendenz, daß traditionelle Retail-Banken mit einem breit gefächerten Vertriebsweg Online-Banken überlegen sind, hat sich europaweit bestätigt. Zahlreiche Anbieter verschwanden wieder vom Markt.

Der intensive Inlandswettbewerb setzte sich in allen Geschäftsbereichen unvermindert fort, wobei die Institute versuchten, durch Maß-

nahmen im Kostenbereich ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

In Anbetracht des schwierigen Umfeldes blicken die Hypos auf ein erfreuliches Geschäftsjahr zurück. Die Strategie als kunden-nahe Regionalbank, angestammte Wirtschaftsräume auf hohem Qualitätsniveau mit einer schlanken Kostenstruktur zu servicieren, erweist sich immer mehr als die nachhaltig erfolgversprechende Positionierung.

Die Hypo Alpe-Adria-Bank ist mit ihren Töchtern in Oberitalien, Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina in den letzten Jahren zu einem formidablen Finanzdienstleister in dieser Region geworden. Auch im Inland konnte die Bank durch die Integration der zugekauften RBB-Zweigstellen im Lavanttal ihre Position ausbauen und blickt auf ein Rekordergebnis und das beste Jahr ihrer Geschichte zurück. Ähnlich stark ist die Hypo Vorarlberg in der Bodensee-Region positioniert und verfolgt im Osten Österreichs eine Wachstumsstrategie in einzelnen Produktsegmenten. Konsequenter und zielgerichtet setzte die Hypo Tirol Bank AG ihre Vision und Strategie „Hypo Nova“ um. Diese beinhaltet die vier Geschäftsfelder Bank, Consult (Versicherungsbrokerage), Invest (Private Banking) und Leasing sowie die Konzentration auf den Kernmarkt, die Europa-Region Tirol. Die Hypo Tirol blickt ebenfalls auf das beste Geschäftsjahr der Geschichte zurück und hat mit der Hypo Tirol Swiss AG eine hundertprozentige Private Banking-Tochter in Zürich eröffnet.

Die Hypo Oberösterreich verfolgte eine offensive Konzentrationsstrategie auf ihre Kernkompetenzen Großwohnbau, Freie Berufe, Privatkunden, öffentliche Institutionen sowie Kirche und Soziales und konnte auch ihre Vorrangstellung als Wertpapierbank weiter ausbauen. Auch sie blickt auf das erfolgreichste Jahr der Unternehmensgeschichte zurück. Die Hypo Niederösterreich konnte ihre expansive

Entwicklung fortsetzen und ist durch Filialneueröffnungen nunmehr flächendeckend in Niederösterreich präsent.

Die Bank Burgenland konnte sich im Berichtsjahr konsolidieren, ihre Marktpräsenz stabilisieren und Zuwächse im Privatkundengeschäft – hier wiederum besonders bei den Spareinlagen – erzielen. Um sich noch stärker als Regionalbank im pannonischen Raum zu etablieren, wird die Bank Burgenland mit einer Tochterbank in Sopron tätig werden.

Die Hypo Steiermark fokussiert sich neben der langfristigen Finanzierung auf das Geschäftsfeld der gehobenen Privatkundenschaft, wobei die Betreuung dieser Kundengruppe und die Arbeitsabläufe optimiert werden. Für die Hypo Salzburg war das Geschäftsjahr geprägt von der Umsetzung der neuen strategischen Ausrichtung, deren Ziel es ist, die starke zinsspannenabhängige Positionierung zu Gunsten des Dienstleistungsgeschäftes zu verlagern.

*AUSFALLS-  
BÜRGSCHAFT  
§ 1356 ABGB*

Nachdem mit Deutschland eine Übereinkunft über die Umgestaltung von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten erzielt wurde, hat die Europäische Kommission mit dem Argument der Gleichbehandlung ihr Augenmerk auf bestehende Haftungen für öffentliche Kreditinstitute in Österreich gerichtet.

### *Mangelnde Vergleichbarkeit der Ausgangssituation in Österreich*

Die sieben Landes-Hypothekenbanken, welche über eine Ausfallbürgschaft verfügen, sind keine öffentlichen Kreditinstitute, sondern firmieren in der Rechtsform der Aktiengesellschaft und sind daher ausnahmslos privatrechtlich organisiert.

Überdies sind auch die Größenverhältnisse nicht vergleichbar. In Deutschland kommen die Landesbanken und Sparkassen auf einen Anteil von kumuliert 35,3%, die Landesbanken al-

lein auf 19,9% an der Gesamtbilanzsumme. Die genannten Institute repräsentieren 21,8% aller in Deutschland berichtspflichtigen Institute. Die Landesbanken und Sparkassen sind gemeinsam betrachtet die dominierende Kreditinstitutsgruppierung auf dem deutschen Markt.

Völlig anders zeigt sich das Bild in Österreich. Die sieben angesprochenen Landes-Hypothekenbanken verfügen über einen Bilanzsummenanteil von 5,8% sowie über 2,8% der gesamten österreichischen Bankstellen. In ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung stellen die Landes-Hypothekenbanken regionale Banken dar, die nach österreichischen Verhältnissen zwar nicht unter die Kategorie der Kleinst- und Kleinbanken fallen, sondern als Kreditinstitute mittlerer Größenordnung bezeichnet werden. Überdies definieren sich die Landes-Hypothekenbanken als Regionalbanken, die ausschließlich in ihren angestammten Wirtschaftsräumen tätig sind. Als vor Ort ansässige Kreditinstitute sehen sie sich als Gegenpol zu europäisch oder international orientierten Großbanken.

Gemessen an den Verhältnissen des europäischen Bankenbinnenmarktes wie auch nach De-minimis- und nach KMU-Kriterien, sind die Landes-Hypothekenbanken zweifelsfrei Kleinbanken, deren EU-Marktanteile in allen Bereichen wohl im Promille-Bereich bleiben werden. Allein aufgrund der dargestellten Größenverhältnisse und der regionalen Fixierung erscheint eine Behinderung des zwischenstaatlichen Handels schwer vorstellbar.

Weiters ist die Annahme, daß die zu beurteilende Rechtslage in Deutschland und in Österreich gleichartig sei, nicht zutreffend. Die Europäische Kommission hat „Anstaltslast“ und „Gewährträgerhaftung“ in Deutschland beanstandet. Vergleichbare Einrichtungen gibt es in Österreich nicht.

Wirken die genannten deutschen Rechtsinstitute konkursverhindernd, hat die österreichische Ausfallsbürgschaft nach § 1356 ABGB Konkurs zur Voraussetzung.

Während die deutschen Haftungsregelungen seitens der Körperschaften unentgeltlich gewährt wurden, zahlen die Landes-Hypothekenbanken in beträchtlichem Ausmaß Haftungsprovisionen an die Länder. Darüber hinaus wurde den Banken anlässlich ihrer Gründung weder dauerhaft Dotationskapital noch Sacheinlagen zur Verfügung gestellt. Die Hypo erwirtschafteten in den vergangenen Jahrzehnten ihr Eigenkapital einzig auf Grundlage der gewährten Ausfallsbürgschaft. Durch die Umwandlung in Aktiengesellschaften flossen den Ländern als Abgeltung ihrer Haftungsübernahmen aus Dividenden und Aktienverkäufen beträchtliche Mittel zu bzw. werden weiterhin Aktienpakete von hohem Wert gehalten.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß von einer Gleichartigkeit zur Bundesrepublik Deutschland nicht die Rede sein kann, und seitens der Hypos wird dieser Standpunkt im Rahmen des laufenden Verfahrens dementsprechend vertreten werden.

### STRATEGISCHE PARTNER- SCHAFTEN

Zwischen 1991 und 1998 haben alle Hypos den Schritt von der Rechtsform des öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts hin zur Aktiengesellschaft vollzogen. Damit ging bei allen Instituten, bis auf die Hypo Tirol, auch die Verringerung der 100%igen Beteiligung des Landes einher.

Die Hereinnahme anderer Aktionäre ergab sich im Burgenland bereits 1991 durch Fusion der Länderbank-Tochter Eisenstädter Bank AG in die Hypo als aufnehmendes Institut. Die Bank Austria gab mittlerweile ihren 40%-Anteil an das Land Burgenland ab, das nunmehr 90,97% des Aktienkapitals hält. Im gleichen Jahr beteiligte sich die Grazer Wechselseitige Versi-

cherung mit 33% (inzwischen auf 48% aufgestockt) an der Kärntner Hypo. 1996 erwarb die ÖVAG eine 26%ige Beteiligung an der Hypo NÖ, die inzwischen auf 41% aufgestockt wurde. 1997 wurde eine 49%ige Beteiligung der OÖ Raiffeisenlandesbank an der OÖ Hypo finalisiert, und 1998 schließlich erfolgten die Beteiligungen an den Hypos Vorarlberg (25% durch ein Bankenkonsortium aus Baden-Württemberg), Steiermark (49% durch die Raiffeisenlandesbank Steiermark) und Salzburg (49% durch ein Bankenkonsortium, an dem die OÖ Raiffeisenlandesbank und die OÖ Hypo im Verhältnis 2:1 beteiligt sind).

Die Beteiligung der Raiffeisenlandesbank Steiermark an der Hypo Steiermark wurde mittlerweile auf 75% minus einer Aktie aufgestockt, so daß erstmals eine Minderheitsaktionärsstellung durch das Land gegeben ist. Eine ähnliche Vorgangsweise seitens des Landes ist für heuer auch bei der Hypo Salzburg geplant.

Die bisher gerateten Hypo-Banken verfügen über ausgezeichnete Ratings. Die Hypo Alpe-Adria-Bank erhielt von Moody's Aa3, Standard & Poor's bewertete die Hypos Niederösterreich und Tirol mit AA+, die Hypos Vorarlberg und Oberösterreich mit AAA. Das gemeinsame Emissionsinstitut des Sektors, die Pfandbriefstelle, verfügt über das bestmögliche Emissionsrating Aaa von Moody's.

RATING

### GEMEINSAME EINRICHTUNGEN DES SEKTORS

Aufgabe des im Jahr 1947 gegründeten (freien) Verbandes der österreichischen Landes-Hypothekenbanken ist es, die gemeinsamen wirtschaftlichen und ideellen Interessen seiner Mitglieder, insbesondere in den Angelegenheiten des Bankwesens zu vertreten. Ihm gehören als ordentliche Mitglieder die acht Landes-Hypothekenbanken an. Außerordentliche Verbandsmitglieder sind der Österreichische Gemeindebund, der Österreichische

FREIER  
VERBAND

sche Städtebund, der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands und die Bank Austria AG.

Die Direktorenkonferenz des Verbandes, das wichtigste Verbandsorgan, in dem die Hypo-Banken durch ihre Vorstandsvorsitzenden vertreten sind, trat im Berichtsjahr zu sieben tagelangen Sitzungen zusammen.

Die ordentliche Vollversammlung des Verbandes, in der Generaldirektor MMag. Dr. Adelsburg für eine weitere Periode zum Verbandspräsidenten gewählt wurde, fand am 1. Juni 2001 unter Teilnahme von prominenten Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung in Puch bei Salzburg statt. Eine außerordentliche Vollversammlung trat am 6. Dezember 2001 in Wien zusammen.

## FACHVERBAND

Mitglieder des 1988 errichteten Fachverbandes der Landes-Hypothekbanken sind neben den acht Landes-Hypothekbanken die Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekbanken, die Hypo-Kapitalanlage Ges.m.b.H., die LBA Landesbausparkasse AG und die Hypo-Wohnbaubank AG.

## SICHERUNGSEINRICHTUNG

Als gesetzlich vorgesehene Sicherungseinrichtung für die Fachverbandsmitglieder besteht die Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H. Sie hat neben der Einlagensicherung auch die Anlegerentschädigung für Wertpapierdienstleistungen zu gewährleisten. Im Rahmen des Früherkennungssystems werden Monatsausweise, Quartalsberichte, Prüfberichte, bankaufsichtliche Prüfberichte sowie Einschauberichte der Oesterreichischen Nationalbank und des Rechnungshofes kontrolliert und auf Auffälligkeiten überprüft.

Die Einlagensicherung führt regelmäßige Informationsgespräche mit den Einlagensicherungsgesellschaften der anderen Sektoren.

Der Sicherungseinrichtung gehören die acht Landes-Hypothekbanken, die LBA Landesbausparkasse AG, die Hypo-Wohnbaubank AG

sowie die Pfandbriefstelle an. Letztere deswegen, weil ihre nicht fundierten Emissionen als sicherungspflichtige (wenn auch nicht gesicherte) Einlagen gelten, das eigentliche Einlagengeschäft wird von der Pfandbriefstelle nicht betrieben. Das Gleiche gilt auch für die Emissionen der Hypo-Wohnbaubank AG.

Die Erwartung, daß mit dem Entstehen eines einheitlichen europäischen Kapitalmarktes die Gründungsidee der Pfandbriefstelle als gemeinsames Emissionsinstitut für großvolumige Emissionen der Hypo-Banken vermehrt an Bedeutung gewinnen könnte, hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr bestätigt.

Nachdem mit der erfolgreichen 2 Mrd. CHF-Emission im Jahr 2000 der erste Schritt zur Wiederbelebung der Emissionstätigkeit der Pfandbriefstelle eingeleitet wurde, wurde im Dezember 2000 ein Debt Issuing Programm mit der Deutschen Bank AG mit einem Volumen von 5 Mrd. € abgeschlossen. Im Rahmen dieses Programms wurden im Jahr 2001 Emissionen mit einem Volumen von 2,3 Mrd. € gegeben. Die Mittel aus diesen Emissionen werden satzungsgemäß an die Landes-Hypothekbanken weitergegeben. Für die 125-Mrd.-JPY-Emission erhielt die Pfandbriefstelle von der International Financing Review den Preis für die beste Euro-Yen-Emission des Jahres 2001 zuerkannt.

Zur Verstärkung des Vorstandsteams wurde mit Beschluß des Verwaltungsrates vom 14.3.2002 Dr. Hannes Leitgeb, der Leiter des Treasury der Hypo Vorarlberg, in den Vorstand bestellt.

Die Emissionen der Pfandbriefstelle werden im Rahmen eines frequent issuer ratings von der Ratingagentur Moody's mit dem bestmöglichen Rating Aaa bewertet.

Im Jänner 2002 wurde das mit der Deutschen Bank AG bestehende Debt Issuing Programm auf ein weiteres Jahr verlängert und auf ein Volumen von 7,5 Mrd. €-Gegenwert aufge-

## PFANDBRIEFSTELLE

stockt. Im Rahmen der im Verwaltungsrat beschlossenen Emissionsstrategie für 2002 wird angestrebt, neben den erfolgreichen Emissionen in Schweizer Franken und Yen die Pfandbriefstelle auch als Euro-Emittent zu positionieren. Daneben sind je nach Marktlage auch Emissionen in anderen europäischen Währungen (hauptsächlich in Form von institutionellen Privatplazierungen) möglich.

### HYPO-BANKEN- HOLDING

Da der Pfandbriefstelle satzungsgemäß der Erwerb von Beteiligungen nicht möglich ist, wurde für die Beteiligung des Sektors an gemeinsamen Einrichtungen der Kreditwirtschaft im Jahr 1977 die Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H. gegründet.

Sie hielt per Ende 2001 Beteiligungen an der Europay Austria Zahlungsverkehrssysteme Ges.m.b.H., der Beteiligungsfinanzierungs AG, der Österreichischen Lotterien Ges.m.b.H., der Wiener Börse AG, der STUZZA Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr Ges.m.b.H. und der A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr Ges.m.b.H.

### HYPO-KAG

Die sich bereits im Geschäftsjahr 2000 in Folge der strategischen Neuausrichtung abzeichnende expansive Entwicklung setzte sich auch 2001 ungebremst fort. Während die Gesamtbranche ein Wachstum von rund 8% erzielen konnte, wuchs die Hypo-KAG um rund 45%. Es gelang den Marktanteil von 0,98% auf 1,37% zu steigern. Insgesamt wurde die Fondspalette durch Übernahme in die Verwaltung bzw. von Neugründungen von 12 Fonds auf nunmehr 33 Fonds erweitert, hievon 13 Dachfonds und 20 Einzeltitelfonds. Die Hypo-KAG gesteuert derzeit 12 Rentenfonds, 9 gemischte Fonds und 12 Aktienfonds, wobei 30 in die Kategorie Publikumsfonds und 3 in die Kategorie Spezialfonds fallen. Als jüngster Fonds wurde durch Umbenennung des GLOBAL-VALOR in Hypo-Global-Value ein Ethikfonds kreiert, der vom Bankhaus Sarasin, dem auf diesem Gebiet

wohl renommiertesten Vertreter, gemanagt wird.

Im Geschäftsjahr 2002 wird der Schwerpunkt der Hypo-KAG auf den Ausbau des Hüllen- bzw. des Spezialfondsgeschäftes gelegt werden.

Das Geschäftsjahr 2001 war mit einem Emissionsvolumen von rd. 226,4 Mio. € das bisher erfolgreichste in der Geschichte der Hypo-Wohnbaubank AG. Die Turbulenzen auf den Aktienmärkten haben natürlich zu einer verstärkten Nachfrage bei sicheren Kapitalmarktprodukten geführt. Das niedrige Zinsniveau und der KEST-Vorteil der Wohnbauanleihen haben die Nachfrage zusätzlich positiv beeinflusst.

Besonders hervorzuheben ist auch, daß die jahrelangen Anstrengungen der ARGE Wohnbaubanken, für Wohnbaubanken auch das Geschäftsfeld der Sanierungsfinanzierungen zu öffnen, zum Erfolg führten. Mit Beginn 2002 können die Wohnbaubanken in diesem besonders beschäftigungsintensiven Bereich durch ihre im Konkurrenzvergleich günstigen Mittel für weitere Impulse sorgen.

Die Gestionierung aller gemeinsamen Gesellschaften erfolgt weiterhin äußerst sparsam und in personeller Hinsicht überwiegend neben- und ehrenamtlich.

So werden die Funktion des geschäftsführenden Direktors der Pfandbriefstelle, die Geschäftsführung von Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H., Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H., Hypo-Kapitalanlage Ges.m.b.H. und Hypo-Wohnbaubank AG von Mitarbeitern des Verbandes wahrgenommen, bei Pfandbriefstelle, KAG und Wohnbaubank jeweils gemeinsam mit einem Mitarbeiter aus einer Hypo-Bank.

Verwaltung und Rechnungswesen von Hypo-Banken-Holding, Hypo-KAG, Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H. und Hypo-Wohnbaubank AG werden von Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern des

HYPO-WOHN-  
BAUBANK

SPARSAME  
GESTIONIERUNG

Verbandssekretariates und der Pfandbriefstelle besorgt.

## INTERNATIONALE KONTAKTE

### EUROPÄISCHER HYPOTHEKEN- VERBAND

Aufgrund der zunehmenden europäischen Regulendichte, insbesondere auf dem vorrangig der Harmonisierung unterzogenen Sektor der Finanzdienstleistungen, ist es für Kreditinstitutssektoren unerlässlich, auch über eine Interessenvertretung in Brüssel zu verfügen. Der Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken ist Mitglied des Europäischen Hypothekenverbandes, Brüssel, dem auch die Bank Austria Creditanstalt AG und die Erste Bank angehören. Ziel des Verbandes ist es, die Spezifika des Hypothekenbank- und Pfandbriefgeschäftes, dem in Österreich eine besondere Bedeutung zukommt, auch in einem harmonisierten Europa zu erhalten.

Im Rahmen des Europäischen Hypothekenverbandes ist den österreichischen Pfandbriefinstituten eine Mitwirkung bei der Meinungsbildung zu den für das Hypothekenbank- und Pfandbriefgeschäft wichtigen Vorhaben auf europäischer Ebene möglich.

Die der österreichischen Delegation zustehende Position eines Vizepräsidenten des Europäischen Hypothekenverbandes wird durch Generalsekretär Mag. Dietmar Rupar wahrgenommen. Mitarbeiter des Verbandes wirken in den Ausschüssen für Recht und für Statistik sowie im Pfandbrief- und Kapitalmarktausschuß mit.

### DEUTSCHLAND

Die seit vielen Jahren bestehenden ausgezeichneten Beziehungen zum Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) haben sich in der jüngsten Vergangenheit weiter intensiviert. Neben einem regelmäßigen Informationsaustausch zu bedeutenden *EU-Richtlinien-Vorhaben* findet insbesondere im Konsultationsverfahren zu *Basel II* ein Abstimmungsprozeß statt. Gerade in diesem Zusammenhang profitiert Österreich als relativ

kleines Land von der beinahe deckungsgleichen Interessenslage des potenten Nachbarn, der Bundesrepublik Deutschland.

Es ist vorgesehen, vom VÖB entwickelte Software-Module zum Management von operationellen Risiken auch den Landes-Hypothekenbanken anzubieten bzw. gibt es konkrete Vorhaben im Bereich der Zertifizierung von Immobilien-Sachverständigen.

Im Rahmen der Mitgliedschaft zum Europäischen Hypothekenbankenverband bestehen auch gute Kontakte zum Verband der deutschen Hypothekenbanken. Insbesondere die großen Verdienste dieses Verbandes zur Verbreiterung des Pfandbriefsystems, in den für Österreich so wichtigen ost- und südosteuropäischen Ländern geben immer wieder Gelegenheit zu einem Erfahrungsaustausch.

Wechselseitige Einladungen zu einschlägigen Veranstaltungen verbinden die Hypo-Banken auch mit dem Verband Schweizerischer Kantonalbanken, deren Geschäftsführer, Direktor Mati, auch an den Geschäftsführertreffen des Hypo-Verbandes mit dem VÖB teilnimmt. Beste Verbindungen via Pfandbriefstelle bestehen auch zu den beiden zentralen Emissionsbanken für Pfandbriefe, nämlich der Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken und der Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute.

### SCHWEIZ

## GESCHÄFTSVERLAUF

Die Hypos blicken angesichts des schwierigen Umfeldes auf ein zufriedenstellendes Jahr zurück. Das Betriebsergebnis konnte weitaus stärker gesteigert werden als es der Gesamtbranche möglich war. Überdurchschnittlich konnte der Sektor in Folge der Entwicklungen auf den Aktienmärkten von der Hinwendung der Anleger zu Sparprodukten und festverzinslichen Wertpapieren profitieren. Gleichzeitig blicken, wie bereits dargestellt, einige

Hypos auf das erfolgreichste Jahr ihrer Unternehmensgeschichte zurück.

Mit einer Steigerung der zusammengefaßten Bilanzsumme um 12,2% auf 35.821 Mio. € wurde die Zuwachsrate des Jahres 2000 von 11,6% übertroffen und eine deutlich über dem Branchendurchschnitt (4,5%) liegende Expansion verzeichnet. Die Landes-Hypothekenbanken konnten damit ihre Position als nach den Sparkassen, Aktienbanken und Raiffeisenbanken viertgrößter (bzw. unter Berücksichtigung der Gruppe der „Sonderbanken“ fünftgrößter) Sektor vor den Volksbanken festigen, der Anteil an der gesamten Bilanzsumme der Kreditwirtschaft (ohne Bausparkassen) konnte auf 6,3% gesteigert werden.

Stark expansiv entwickelten sich auf der Passivseite die Einlagen, die auf rd. 7.644 Mio. € anstiegen, der Branchendurchschnitt lag bei rd. 7,8%, wobei die Sichteinlagen im Hyposektor um 26,5%, die Termineinlagen um 84,6% und die Fremdwährungseinlagen mit 12,4% sehr erfreuliche Steigerungsraten aufwiesen. Weit über dem Branchenschnitt (rd. 4,8%) liegt die Steigerung der Spareinlagen, die um 9% zunahmen.

Ähnlich kräftig wie im Vorjahr verlief die Ausweitung bei den eigenen Emissionen, deren Umlauf auf 21.356 Mio. € oder 18% anstieg. Dem Trend der letzten Jahre folgend waren vor allem die nicht fundierten Anleihen mit rd. 3.250 Mio. € daran beteiligt. Im Pfandbriefbereich verringerten sich sowohl die Hypothekendarlehen als auch die öffentlichen Pfandbriefe, und zwar um 9% bzw. 12,5%. Die Kassenobligationen und sonstigen Wertpapiere, deren Umlauf sich um rd. 1.842 Mio. € erhöhte, gewannen erneut stark dazu. Dies ist insbesondere auf die zahlreichen Privatplazierungen im Rahmen der bestehenden Medium Term Note-Programme der Hypos zurückzuführen. Das verwaltete Kundenvermögen auf den Depots stieg trotz der zum Teil be-

trächtlichen Kursverluste an den Börsenplätzen auf rd. 11.378 Mio. € oder 5,4%.

Auf der Aktivseite stiegen die Direktkredite an inländische Nichtbanken um rd. 5,1% auf 20.865,80 Mio. €. Die Zuwachsrate lag erneut über dem Durchschnittswert der Kreditwirtschaft (3,5%).

Stark forciert wurde weiterhin das Auslandsgeschäft der Hypo-Banken in den jeweils benachbarten Staaten bzw. Regionen – Süddeutschland, Schweiz, Liechtenstein, Südtirol und Oberitalien, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Ungarn. Die Auslandsaktiva stiegen um rd. 35,7% und die Auslandspassiva um rd. 44,4%.

Dabei ist darauf hinzuweisen, daß das Auslandsgeschäft der Hypo Alpe-Adria-Bank über selbständige Auslandstöchter abgewickelt wird und in den vorstehenden Ziffern daher nicht enthalten ist. Das Gleiche gilt für die Tochter der Hypo Vorarlberg, die Hypo Investment Bank AG in Vaduz.

Die Eigenmittelquote betrug im Berichtsjahr 10,99% der Bemessungsgrundlage.

Trotz der ungünstigen Ausgangslage für das Provisions- und Handelsgeschäft und den vorzunehmenden Abwertungen und Wertberichtigungen stieg das Betriebsergebnis mit 4,1% wesentlich stärker als in der Gesamtbranche.

Die Betriebsergebnisspanne der durchschnittlichen Bilanzsumme liegt mit 0,74% somit geringfügig unter dem Branchenschnitt von 0,81%. Das zusammengefaßte Betriebsergebnis des Sektors erhöhte sich im Berichtsjahr gegenüber 2000 um rd. 4,1% auf 249,2 Mio. €. Die Kostenrelation (Betriebsaufwendungen in Prozent der Betriebserträge) des Sektors betrug auch im internationalen Vergleich hervorragende 58,3%, ein Wert, der von keinem der anderen Sektoren auch nur annähernd erreicht wird.



Zu den angeführten sektoralen Durchschnittswerten ist anzumerken, daß die Ergebnisse und Kennziffern der einzelnen Hypo-Banken davon zum Teil ganz beträchtlich abweichen. So weisen die besten Institute auch für 2001 wieder Betriebsergebnisspannen von um die 1% und Cost-Income-Ratios von bis zu 43,9% aus.

## STELLENNETZ

Mit einem Netz von 175 Bankstellen (9 Zentralen – einschließlich Pfandbriefstelle –, 166 Zweigstellen, Zahlstellen und Filialen) ist der Sektor in Österreich gut positioniert. Der österreichweite Marktanteil von rd. 3,2% ist allerdings insofern zu relativieren, als die Filialdichte bundesländerweise recht unterschiedlich ist und einige Hypos über ein durchaus flächendeckendes Stellennetz verfügen.

Die inländischen Geschäftsstellen verteilen sich auf die einzelnen Mitgliedsinstitute wie folgt: Bank Burgenland 19, Hypo Alpe-Adria-Bank 19, Hypo Niederösterreich 27, Hypo Oberösterreich 15, Hypo Salzburg 25, Hypo Steiermark 18, Hypo Tirol 24, Hypo Vorarlberg 27 sowie die Pfandbriefstelle 1.

Auslandsrepräsentanzen gibt es je eine in Sopron (Hypo Burgenland), Augsburg (Hypo Vorarlberg) sowie eine in Bozen (Hypo Vorarlberg). Auslandsfilialen bestehen in St. Gallen (Hypo Vorarlberg) und in Bozen (Hypo Tirol). Die Hypo Investment Bank AG als ein auf Private Banking spezialisiertes Bankinstitut sowie die Banktöchter der Hypo Alpe-Adria-Bank in Italien, Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina wurden bereits erwähnt.

Die Bank Burgenland ist gerade dabei, in Ungarn die Regionalbanktochter Sopron-Burgenland-Bank zu starten.

## AUSBLICK FÜR 2002

Die österreichische Wirtschaft wird sich im Jahresverlauf 2002 erholen, wobei der Aufschwung von Quartal zu Quartal an Dynamik

gewinnen wird. Im Jahresdurchschnitt wird ein Wirtschaftswachstum von 1,7% erwartet, das sich im Jahre 2003 auf 2,5% beschleunigen wird. Getragen wird der Wirtschaftsaufschwung von einer stärker werdenden externen Nachfrage. Dies ist auf die Erholung der amerikanischen Wirtschaft zurückzuführen, die auch die Konjunktur in Deutschland beleben wird. Stieg der reale private Konsum im Berichtsjahr nur schwach, wird für 2002 ein Konsumwachstum von 1,7% präliminiert. Der kräftige Rückgang der Sparquote wird sich im nächsten Jahr nicht fortsetzen, es ist mit einem leichten Anstieg zu rechnen.

Nachdem die Bruttoanlageinvestitionen 2001 zurückgingen, wird die sich langsam erholende Nachfrage nach österreichischen Exporten in der ersten Jahreshälfte 2002 den Beginn des nächsten Investitionszyklus markieren. Keine Impulse wird aufgrund der stark sinkenden Nachfrage nach Wohnungsneubauten der Hochbau setzen. Etwas günstiger sieht es trotz der Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand beim Tiefbau aus. Für 2002 ist aber dennoch von einem Rückgang der realen Bauinvestitionen auszugehen.

Aufgrund der Gewinnsituation der Unternehmen ist auf dem Arbeitsmarkt von einer Stagnation auszugehen. Erst im Jahresverlauf 2003 wird es wieder ein stärkeres Wachstum der Gesamtbeschäftigung geben.

Für die österreichische Kreditwirtschaft steht das Jahr 2002 im Zeichen der Vorbereitung auf die Basel II-Bestimmungen. Zunächst wird aufbauend auf den bisherigen Prämissen zwischen Mai und Dezember 2002 eine dritte *Quantitative Impact Study* durchgeführt, deren Ergebnisse in das dritte abschließende Konsultationspapier, das für Mai 2003 erwartet wird, einfließen sollen. Daneben haben die Institute besondere Anstrengungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung ihrer inter-

nen Rating-Systeme zu legen, wobei die Sammlung und Historisierung von Ausfallsdaten im Bereich des Kreditrisikos sowie die Schaffung einer Datenbasis für das Management des operationalen Risikos im Vordergrund stehen werden.

Nachdem die Entwicklung an den Börsen, und

dies bereits vor dem 11. September, klar gezeigt hat, daß das in den letzten Jahren hoch gepriesene Provisionsgeschäft allein seligmachend nicht ist, ist von einem intensiven Wettbewerb im Zinsdifferenzgeschäft und einem strikten Kostenmanagement in der Branche auszugehen.

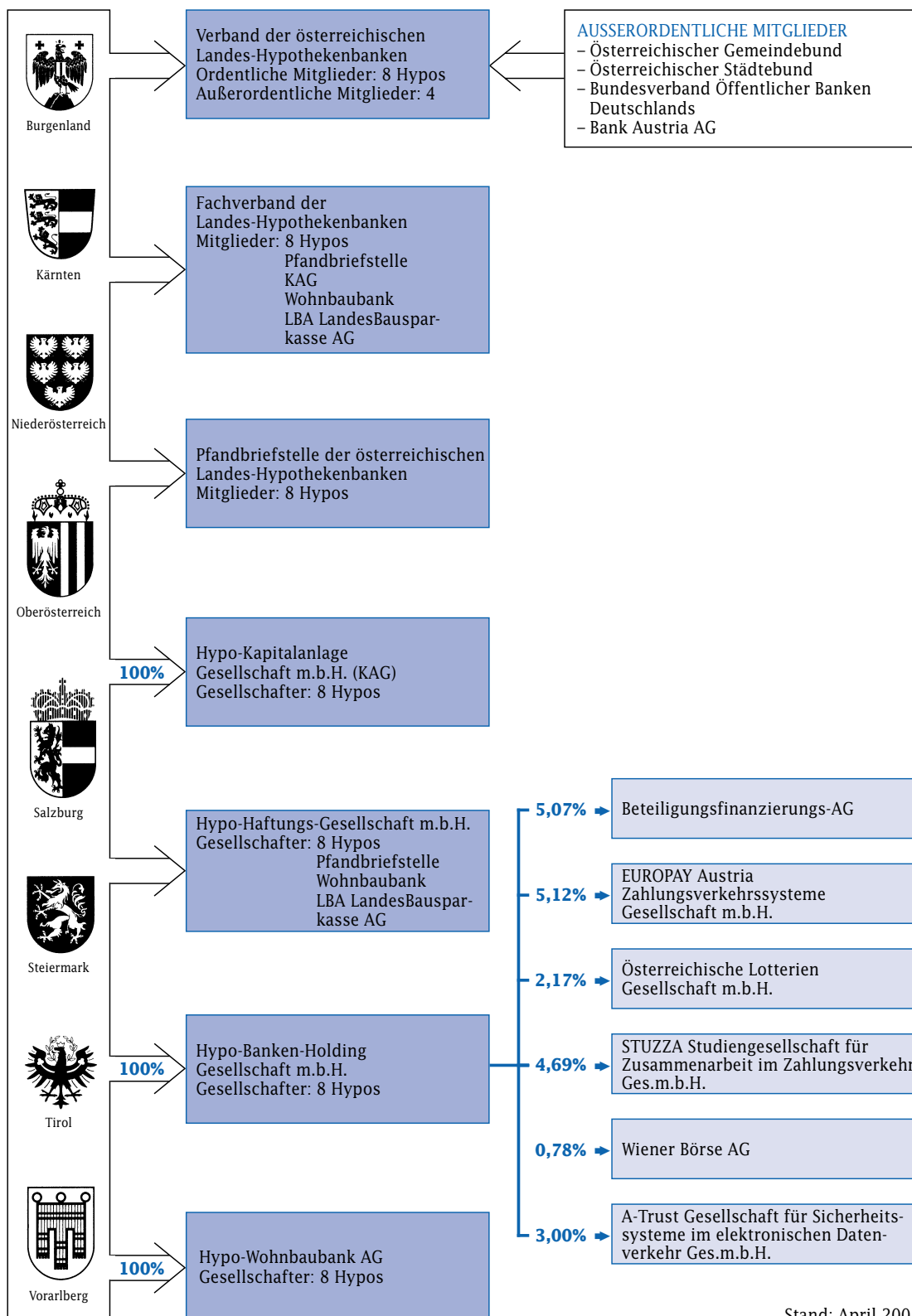
TABELLE 2

## ZUSAMMENGEFASSTE BILANZ DER LANDES-HYPOTHEKENBANKEN

	2000	2001	Veränderung	
	in Millionen Euro		in %	
<b>Aktiva</b>				
Kassenliquidität	218	301	83	38,16
Zwischenbankforderungen	2.378	4.123	1.745	73,40
In- und Ausländische Wertpapiere, Ergänzungskapital und Beteiligungen	5.929	6.398	468	7,90
Direktkredite an in- und ausländische Nichtbanken	22.465	24.060	1.594	7,10
hievon Hypothekar- u. Kommunaldarlehen und Sonstige Euro-Direktkredite	16.000	16.791	791	4,94
Beteiligungen und Konsortialbeteiligungen	284	269	-15	-5,35
Sonstige Inlands- und Auslandsaktiva	645	671	26	4,04
	<b>31.919</b>	<b>35.821</b>	<b>3.902</b>	<b>12,23</b>
<b>Passiva</b>				
In- und Ausländische Zwischenbankverpflichtungen	4.372	3.353	-1.019	-23,31
Einlagen in- und ausländischer Nichtbanken	7.430	8.963	1.533	20,63
hievon Spareinlagen in Euro	3.960	4.315	355	8,96
Emissionen	18.106	21.356	3.250	17,95
Sonstige In- und Auslandspassiva	850	912	62	7,24
Nominal-, Partizipations- und Ergänzungskapital	204	204	0	-0,17
Rücklagen	957	1.034	77	8,08
	<b>31.919</b>	<b>35.821</b>	<b>3.902</b>	<b>12,23</b>

Quelle: OeNB-Monatsausweis

**HYPO**



Stand: April 2002

## GESCHÄFTSENTWICKLUNG

### AKTIVGESCHÄFT

#### INLÄNDISCHES KREDITVOLUMEN

Im Berichtsjahr führte die schwache Konjunkturentwicklung auch zu einer Abschwächung des Kreditwachstums. Der Zuwachs ging im Jahr 2001 auf 7,9 Mrd. € bzw. 3,5% zurück, im Vorjahr wurde mit 14 Mrd. € bzw. 6,7% noch das Doppelte erreicht. Die gesamten Ausleihungen der österreichischen Kreditinstitute an inländische Nichtbanken erreichten damit zum 31.12.2001 ein Volumen von 232,8 Mrd. €. Der Anteil der Fremdwährungskredite am Zuwachs des Ausleihungsvolumens ging von 45% im Vorjahr auf 36% zurück. In absoluten Zahlen ausgedrückt beträgt der Zuwachs ca. 2,8 Mrd. €. Mit einem Stand von ca. 42,3 Mrd. € erreichten die Fremdwährungskredite 18,2% des Ausleihungsvolumens, wobei der Anteil der Fremdwährungskredite in Schweizer Franken auf ca. 50% der Fremdwährungsausleihungen zurückging und sich der Anteil der Ausleihungen in japanischen Yen auf ca. 42% erhöhte.

#### AUSLEIHUNGEN DER ÖSTERREICHISCHEN LANDES-HYPOTHEKENBANKEN

Bei den Hypos stieg das Gesamtausleihungsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 3,3 Mrd. € bzw. 13,4% auf 28,2 Mrd. €. Diese Steigerung ist zu 52% auf den Zuwachs der in- und ausländischen Zwischenbankforderungen zurückzuführen, die sich gegenüber dem Vorjahr um 73% erhöhten. Ein überdurchschnittliches Wachstum war auch wieder bei den Ausleihungen an ausländische Nichtbanken zu verzeichnen, die sich gegenüber dem Vorjahr um 22,1% erhöhten. Der Zuwachs bei den Fremdwährungskrediten ging von 13,9% im Vorjahr auf 6,1% im Jahr 2001 zurück, was in absoluten Zahlen einem Zuwachs von 4,1 Mrd. € entspricht. Die Eurokredite an inländische Nichtbanken erreichten einen eher geringfügigen Zuwachs um 4,9% auf 16,8 Mrd. €. Das Gesamtausleihungsvolumen der Mitgliedsinstitute an inländische Nichtbanken stieg um ca. 1 Mrd. € bzw. 5,1% auf 20,9 Mrd. €.

Der Marktanteil der Hypos bei den Auslei-

#### AUSLEIHUNGEN DER ÖSTERREICHISCHEN KREDITUNTERNEHMUNGEN

	31.12.2000	31.12.2001	Veränderung	
	in Millionen Euro		in %	
<b>NACH KREDITARTEN</b>				
Wechselkredite (inkl. Rediskonte)	998	865	-134	-13,4
Hypothekar- u. Kommunaldarlehen u.				
Sonstige Euro-Direktkredite	184.433	189.653	5.220	2,8
Fremdwährungskredite	39.453	42.282	2.829	7,2
	224.884	232.799	7.915	3,5
<b>NACH SEKTOREN</b>				
Aktienbanken und Bankiers	58.215	58.717	502	0,9
Sparkassensektor	66.781	67.978	1.197	1,8
Landes-Hypothekenbanken	19.850	20.866	1.016	5,1
Raiffeisensektor	47.387	50.055	2.668	5,6
Volksbankensektor	12.524	13.398	874	7,0
Bausparkassen	13.312	14.109	797	6,0
Sonderbanken	6.815	7.676	862	12,6
	224.884	232.799	7.915	3,5

Quelle: OeNB-Monatsausweis

## GESCHÄFTSENTWICKLUNG

TABELLE 4

### AUSLEIHUNGEN DER LANDES-HYPOTHEKENBANKEN IN € UND FW

	31.12.2000	31.12.2001	Veränderung	
	in Millionen Euro		in %	
<b>NACH KREDITARTEN</b>				
Wechselkredite	28	18	-9	-34,1
Kommunal- u. Hypothekendarlehen und Sonstige Euro-Kredite	16.000	16.791	791	4,9
Fremdwährungskredite	3.822	4.057	235	6,1
Direktkredite an inl. Nichtbanken	19.850	20.866	1.016	5,1
In- und ausl. Zwischenbankforderungen	2.378	4.123	1.745	73,4
Kredite an ausl. Nichtbanken	2.616	3.194	578	22,1
Gesamtausleihungsvolumen	24.843	28.183	3.340	13,4
<b>NACH KREDITNEHMERGRUPPEN</b>				
Forderungen an Kunden	22.662	24.283	1.620	7,2
davon entfallen auf:				
Bund	2.532	2.407	-125	-4,9
Länder	1.695	1.451	-244	-14,4
Gemeinden	1.513	1.805	292	19,3
Freie Berufe u. selbst. Erwerbstätige	810	830	21	2,5
Private Haushalte	3.648	3.949	302	8,3
hypothekarisch besichert	6.229	6.733	504	8,1
Beschaffung/Erhaltung von Wohnraum	4.845	5.096	251	5,2
<b>NACH HÖHE</b>				
bis S 50.000	85	98	13	14,8
von S 50.000 bis S 1 Mio.	3.326	3.570	244	7,3
über S 1 Mio. bis S 5 Mio.	3.480	3.786	307	8,8
über S 5 Mio.	13.050	13.514	464	3,6

Quelle: OeNB-Monatsausweis

lungen an inländische Nichtbanken erhöhte sich geringfügig auf fast 9%.

#### AUSLEIHUNGSSTRUKTUR NACH KREDITNEHMERN

Bei der Aufgliederung nach Kreditnehmergruppen setzte sich der Trend der vergangenen Jahre fort, wonach der Rückgang der Ausleihungen an öffentliche Stellen durch einen Anstieg der Forderungen an sonstige Kunden überkompensiert wird. Im einzelnen gingen die Ausleihungen an öffentliche Stellen im Durchschnitt um 1,3% auf ca. 5,7 Mrd. € zurück. Da-

bei gingen die Forderungen an Bund und Länder um 369 Mio. € zurück, während die Forderungen an Gemeinden um 292 Mio. €, bzw. 19,3% anstiegen. Von den Ausleihungen an Kunden entfallen 16,3% auf private Haushalte, 27,7% sind hypothekarisch besichert. 21% der Ausleihungen dienen der Erhaltung oder Schaffung von Wohnraum. Die Ausleihungen an Selbständige und Angehörige freier Berufe stiegen auf 830 Mio. €.

Das Volumen der über die Pfandbriefstelle gesteuerten Konsortialfinanzierungen belief sich per 31.12.2001 auf ca. 2,6 Mrd. €.

## GESCHÄFTSENTWICKLUNG

### PASSIVGESCHÄFT

#### EMISSIONSTÄTIGKEIT

Der Emissionsumlauf von Anleihen und sonstigen Wertpapieren stieg im Berichtsjahr auf zusammen 14,1 Mrd. € und hat sich gegenüber dem Vorjahr (5,8 Mrd. €) in Folge mehr als verdoppelt. Der Zuwachs des Emissionsvolumens in diesem Bereich ist auf das erfolgreiche Emissionsprogramm zurückzuführen, durch das die Hypos leichterem Zugang zum Kapitalmarkt erhalten haben.

Hingegen war die Bruttoemissionstätigkeit bei Pfand- und Kommunalbriefen im selben Zeitraum stark rückläufig und erreichte mit insgesamt 281,11 Mio. € ein um ca. 34,33% geringeres Niveau. Dabei entfielen 183,3 Mio. € auf Hypotheken- und 97,81 Mio. € auf öffentliche Pfandbriefe.

Das Bruttoemissionsvolumen der österreichi-

schen Kreditinstitute fiel im Berichtsjahr um 550 Mio. € auf 13,8 Mrd. €. Davon entfällt auf die Emission von Pfand- und Kommunalbriefen ein Anteil von 409 Mio. €. Dagegen stiegen die Emissionen von Bund und sonstigen Nichtbanken auf 15,8 Mrd. €.

Bei Pfand- und Kommunalbriefen konnte der Marktanteil der Hypo-Emissionen mit ca. 69% gehalten werden. Der Refinanzierung durch eigene Emissionen kommt bei den Hypos traditionell eine hohe Bedeutung zu, was sich in einem Marktanteil von unveränderten 22% an den Inlandsemissionen der österreichischen Kreditinstitute widerspiegelt.

MARKT-  
ANTEILE

#### EINLAGENGESCHÄFT

Das Jahr 2001 führte zu einem starken Anstieg des Einlagenvolumens von inländischen Nichtbanken, was unter anderem auf ein vermehrtes Sicherheitsbedürfnis der Anleger zurück-

UMLAUF

TABELLE 5

#### UMLAUF VON HYPOTHEKEN- UND ÖFFENTLICHEN PFANDBRIEFEN

	2000	2001	Veränderung	
	in Millionen Euro		in %	
<b>LANDES-HYPOTHEKENBANKEN</b>				
Hypothekendarlehen	3.043	2.770	-273	-9,0
Öffentliche Darlehen	5.138	4.496	-642	-12,5
Summe	8.182	7.266	-915	-11,2
<b>ANDERE EMITTENTEN</b>				
Hypothekendarlehen	1.498	1.486	-12	-0,8
Öffentliche Darlehen	1.971	1.813	-158	-8,0
Summe	3.469	3.299	-171	-4,9
<b>GESAMTUMLAUF</b>				
Hypothekendarlehen	4.542	4.256	-286	-6,3
Öffentliche Darlehen	7.109	6.309	-800	-11,3
Summe	11.651	10.565	-1.086	-9,3
<b>MARKTANTEIL DER LANDES-HYPOTHEKENBANKEN IN %</b>				
Hypothekendarlehen	67,0	65,1	-1,9	
Öffentliche Darlehen	72,3	71,3	-1,0	
Summe	70,2	68,8	-1,4	

Quelle: Verbandsstatistik u. OeNB

## GESCHÄFTSENTWICKLUNG

zuführen sein dürfte. Mit einer Steigerung von 21,9% erreichten die Hypos in diesem Bereich ein überdurchschnittliches Wachstum (7,8% in der gesamten Kreditwirtschaft). Nach Rückgängen im Vorjahr wurde bei den Spareinlagen trotz Abschaffung der Sparbuchanonymität und sinkender Einlagenzinsen ein Volumen von 4,3 Mrd. € erreicht, was einem Zuwachs von 9% entspricht (4,8% in der gesamten Kreditwirtschaft). Ein überdurchschnittlicher Zuwachs wurde mit 606 Mio. € auch bei den Termineinlagen erzielt.

Der Marktanteil an den Emissionen erhöhte sich auf 17%, sowie bei den Gesamteinlagen inländischer Nichtbanken auf 4%.

*MARKTAN-  
TEILE*

Das kumulierte Betriebsergebnis stieg um rd. 4,1% auf 249 Mio. €, das sind 0,74% der durchschnittlichen Bilanzsumme 2000/2001. Die Cost-Income-Ratio liegt mit 58,3% unter dem Durchschnitt der gesamten Kreditwirtschaft von 67,4%.

*ERTRAGS-  
LAGE*

Der Bilanzsummenanteil der Landes-Hypothekenbanken erhöhte sich von 5,9% auf 6,3%.

*SEKTOR-  
ANTEILE*

## GESCHÄFTSENTWICKLUNG

TABELLE 6

### EINLAGEN, INLANDSEMISSIONEN UND GESAMTE FREMDMITTEL

	2000	2001	Veränderung in %	
	in Millionen Euro			
<b>LANDES-HYPOTHEKENBANKEN</b>				
Sichteinlagen	1.517	1.918	402	26,5
Termineinlagen	716	1.322	606	84,6
Spareinlagen	3.960	4.315	355	9,0
FW-Einlagen	79	89	10	12,4
<b>Gesamteinlagen incl. Nichtbanken</b>	<b>6.272</b>	<b>7.644</b>	<b>1.372</b>	<b>21,9</b>
Anleihen	8.179	12.121	3.941	48,2
Hypothekendarlehen	3.043	2.770	-273	-9,0
Öffentliche Darlehen	5.138	4.496	-642	-12,5
Kassenobligationen und sonst. Wertpapiere	127	1.969	1.842	1452,9
<b>Summe Emissionen</b>	<b>18.106</b>	<b>21.356</b>	<b>3.250</b>	<b>18,0</b>
hievon Inlandsemissionen	14.254	14.843	589	4,1
<b>Gesamteinlagen und Emissionen</b>	<b>24.378</b>	<b>29.000</b>	<b>4.622</b>	<b>19,0</b>
<b>Gesamte Fremdmittel*</b>	<b>30.758</b>	<b>34.584</b>	<b>3.825</b>	<b>12,4</b>
<b>Verwaltetes Kundenvermögen</b>	<b>10.794</b>	<b>11.378</b>	<b>584</b>	<b>5,4</b>
<b>ALLE SEKTOREN</b>				
Gesamteinlagen incl. Nichtbanken	175.794	189.567	13.772	7,8
Emissionen	122.571	125.569	2.997	2,4
hievon Inlandsemissionen	64.691	67.617	2.926	4,5
<b>Gesamteinlagen und Emissionen</b>	<b>298.366</b>	<b>315.135</b>	<b>16.770</b>	<b>5,6</b>
<b>Gesamte Fremdmittel*</b>	<b>536.734</b>	<b>559.003</b>	<b>22.269</b>	<b>4,1</b>
<b>MARKTANTEILE DER LANDES-HYPOTHEKENBANKEN IN %</b>				
Gesamteinlagen incl. Nichtbanken	3,6	4,0	0,1	
Emissionen	14,8	17,0	2,2	
Inlandsemissionen	22,0	22,0	0,3	
<b>Gesamteinlagen und Emissionen</b>	<b>8,2</b>	<b>9,2</b>	<b>1,0</b>	
<b>Gesamte Fremdmittel *</b>	<b>5,7</b>	<b>6,2</b>	<b>0,1</b>	

\* Gesamte Fremdmittel:

In- und ausländische Zwischenbankverpflichtungen

Einlagen von in- und ausländischen Nichtbanken

Eigene In- und Auslandsemissionen

Sonstige In- und Auslandspassiva

Quelle: Verbandsstatistik und OeNB



## GESCHÄFTSENTWICKLUNG

TABELLE 7

### KENNZAHLEN

	Aktienbanken und Bankiers	Sparkassen- sektor	Landes- Hypotheken- banken	Raiffeisen- sektor	Volksbanken- sektor	Sonder- banken	Gesamt
Bilanzsumme 00 in Mio.	119.513	213.218	31.919	113.815	24.622	41.094	544.181
Bilanzsumme 01 in Mio.	129.264	203.214	35.821	125.760	29.362	45.259	568.682
Durchschnittl. Bilanzsumme aus 2000 und 2001 in Mio.	124.389	208.216	33.870	119.788	26.992	43.177	556.432
Betriebsergebnis 2001 in Mio.	1.025	1.438	249	1.103	261	445	4.521
Nettozinsertrag 2001 in Mio.	1.750	2.142	398	1.771	445	374	6.880
Personalaufwand 2001 in Mio.	1.020	1.757	195	1.117	273	211	4.573
Sachaufwand 2001 in Mio.	921	833	124	732	164	247	3.020
Bankstellen <small>Quelle: OeNB / Bankstellen Hypo: incl. Pfandbriefstelle, excl. Repräsentanzen im Ausland</small>	799	1.447	173	2.342	545	83	5.389
Betriebsergebnis in Prozent der durch- schnittlichen Bilanzsumme 2000/01	0,82	0,69	0,74	0,92	0,97	1,03	0,81
Zinsertrag in Prozent der durch- schnittlichen Bilanzsumme 2000/01	1,41	1,03	1,17	1,48	1,65	0,87	1,24
<b>Sektoranteile 2001 in Prozent</b>							
Bilanzsumme	22,7	35,7	6,3	22,1	5,2	8,0	100,0
Betriebsergebnis	22,7	31,8	5,5	24,4	5,8	9,9	100,0
Nettozinsertrag	25,4	31,1	5,8	25,7	6,5	5,4	100,0
Personalaufwand	22,3	38,4	4,3	24,4	6,0	4,6	100,0
Sachaufwand	30,5	27,6	4,1	24,2	5,4	8,2	100,0
Bankstellen	14,8	26,9	3,2	43,5	10,1	1,5	100,0

TABELLE 8

### AUSGEWÄHLTE BILANZ UND G&V-DATEN DER HYPOS 2001 (in Mio. €)

	EB und HYPO-Bank Burgenland AG	Hypo Alpe-Adria Bank AG	NÖ Landesbank - Hypotheken- bank AG	OÖ Landesbank AG	Salzburger Landes-Hypo- thekenbank AG	Landes-Hypo- thekenbank Steiermark AG	HYPO TIROL BANK AG	Vorarlberger Landes- und Hypo- thekenbank AG
Durchschnittl. Bilanzsumme	2.748	6.277	4.420	4.006	3.127	3.372	5.958	5.646
Einlagen von Nichtbanken	616	1.602	1.122	977	897	853	1.416	1.575
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.678	3.516	1.718	2.540	1.555	2.280	3.309	3.647
Zwischenbankverpflichtungen	293	744	678	375	211	272	833	190
Kredite an Nichtbanken	2.028	3.820	3.184	3.110	1.926	2.501	3.581	4.291
Zwischenbankforderungen	170	1.547	442	463	386	397	750	550
Nettozinsertrag	27	66	44	43	27	52	67	73
Provisionsertrag	7	16	9	9	9	9	22	19
Verwaltungsaufwand	27	54	38	35	32	34	56	42
hievon Personalaufwand	18	32	21	23	23	22	32	24
Betriebsergebnis	7	46	21	25	14	27	50	60
EGT	1	22	10	23	1	12	28	30

Quelle: OeNB-Monatsausweis und -Quartalsbericht

## ZAHL DER MITARBEITER

Per 31.12.2001 waren 3.495 Mitarbeiter (inklusive Teilzeitkräfte) im Hypo-Sektor beschäftigt, damit stieg die Zahl der Mitarbeiter stärker als im Vorjahr um 6,5% an.

## KOLLEKTIVVERTRAG

Per 31.12.2001 unterlagen erstmals mehr als die Hälfte (52%) der Hypo-Mitarbeiter dem seit 1993 geltenden Gehaltsschema des Kollektivvertrages der Landes-Hypothekenbanken. In den gemeinsamen Kollektivvertragsverhandlungen aller Kreditinstitutssektoren wurden die Schemabezüge ab 1.2.2001 um ATS 60,- + 2,6% erhöht, zusätzlich wurde eine Einmalzahlung von ATS 1.000,- vereinbart. Die Verhandlungsrunde vom Dezember 2001 wurde mit einer ab 1.2.2002 wirksamen Erhöhung von 2,5% + 5,50 € abgeschlossen.

Für die dem „alten“ Schema unterliegenden Mitarbeiter erhöhten sich die Bezüge per 1.1.2001 um 2,1% sowie ab 1.1.2002 um 0,8%.

## AUSBILDUNG

Schwerpunkt im Bereich Training waren auch 2001 die „standardisierten“ Ausbildungswege der Grund-, Fach- und Fachlaufbahnausbildung. 19 Mitarbeiter konnten die eher „generalistisch“ angelegte Fachausbildung erfolgreich abschließen, die tätigkeitsorientierten Fachlaufbahnen konnten 13 Mitarbeiter erfolgreich beenden. Beide Ausbildungswege dauern 2 Jahre und umfassen jeweils 2 (schriftliche und mündliche) Teilprüfungen, bei der Fachlaufbahnausbildung kommt noch eine von jedem Teilnehmer zu verfassende „Facharbeit“ hinzu. Der erfolgreiche Abschluß wird entsprechend zertifiziert.

Ergänzend bietet die HYPO-Bildung eine Vielfalt anderer Trainings an, die zum Teil auch regional und speziell für eine Hypo-Bank veranstaltet werden.

Die HYPO-Bildung ist bestrebt, aktuelle Themen sehr rasch in ihr Programm aufzunehmen, um

damit Informationen und Impulse für die Entwicklung in den Hypo-Banken zu geben. So gab es 2001 z.B. spezielle Veranstaltungen zu den Themen „Neue Eigenmittelbestimmungen (Basel II)“, „e-Commerce“, „Personalentwicklung in der Zukunft“, „Angelsächsisches Recht“ und „Zahlungsverkehrsentwicklung“.

Der regelmäßigen Überprüfung und Adaptierung der Trainingsinhalte dienen die sogenannten „Trainer-Treffen“, die im abgelaufenen Jahr die Fachgebiete Girogeschäft und Banksteuerung zum Thema hatten. Diese Trainer-Treffen stellen sicher, daß die Bildungsinhalte auch tatsächlich den Bedürfnissen der Mitarbeiter und Banken, die ja vom Markt definiert werden, entsprechen.

In den Bereichen Computer Based Training (CBT) bzw. Web Based Training (WBT), die seit 1992 integraler Bestandteil der Hypo-Bank-Ausbildung sind, werden die vorhandenen Programme sukzessive überarbeitet und dabei auch inter- und intranet-fähig gemacht. Zu den Themen „Wertpapiere“ und „Optimal lernen“ konnten den Hypo-Bank-Mitarbeitern neue Lernprogramme zur Verfügung gestellt werden.

Das vor einigen Jahren geschaffene Hypo-Bank-Kompendium – ein Wissensmanagementsystem auf Intranet-Basis – wird von den Hypo-Bank-Mitarbeitern immer stärker in Anspruch genommen. Die nötigen Aktualisierungen und laufenden Verbesserungen stellen für die HYPO-Bildung eine große Herausforderung dar.

Die 1996 gemeinsam mit Partnern aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Island, Luxemburg und Österreich begonnene, 1999 mit weiteren Partnern aus Zypern, Tschechien und Slowenien fortgesetzte und von der EU im Rahmen von zwei Leonardo da Vinci-Programmen geförderte Entwicklung einer Trai-

nings-Software für den Back-Office-Bereich wurde 2001 planmäßig abgeschlossen.

Damit steht den Hypo-Banken ein sehr flexibles Simulationsprogramm für die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern aus dem Back-Office von Geld- und Devisenhandel, Auslandszahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung zur Verfügung.

2001 wurde gemeinsam mit Partnern aus Belgien, Frankreich und Luxemburg ein neues Projekt im Rahmen des Leonardo da Vinci-

Programms 2000–2006 begonnen. Ziel dieses Projekts ist die Entwicklung eines speziellen Sprachlernprogramms für Banken und Finanzdienstleister.

Alle Bildungsmaßnahmen haben ein Ziel: den Hypo-Bank-Kunden optimale Beratung und Betreuung zu bieten. Alle Bildungsmaßnahmen sind aber nur möglich, weil sie unterstützt werden durch Trainer, Führungskräfte, Bildungsverantwortliche und getragen werden vom „Bildungswillen“ der Hypo-Bank-Mitarbeiter. Ihnen allen sei dafür herzlich gedankt!

## MITGLIEDSINSTITUTE

### **EB und HYPO-Bank Burgenland AG**

Zentr.:	7000	Eisenstadt, Neusiedler Straße 33
Fil.:	1010	Wien, Grillparzerstraße 14
	2421	Kittsee, Hauptplatz 32
	2491	Neufeld, Hauptstraße 55
	7000	Eisenstadt, Hauptstraße 31
	7071	Rust/See, Hauptstraße 6
	7100	Neusiedl/See, Hauptplatz 26–28
	7111	Parndorf, Wirtschaftspark, Str. 2
	7132	Frauenkirchen, Franziskanerstr. 21
	7151	Wallern, Hauptstraße 11
	7201	Neudörfel, Hauptstraße 33
	7210	Mattersburg, Martinsplatz 4
	7350	Oberpullendorf, Hauptstraße 9
	7400	Oberwart, Hauptplatz 11, Atrium
	7400	Oberwart, Dornburggasse 80, LKH
	7540	Güssing, Hauptplatz 6
	8380	Jennersdorf, Hauptplatz 15
Zahlst.:	2425	Nickelsdorf, Grenzlandhof
	7100	Neusiedl, Seestraße 40–42, Hotel Wende
Repr.:	H-9400	Sopron, Kossuth L.u.19

### **Hypo Alpe-Adria-Bank AG**

Zentr.:	9020	Klagenfurt, Alpen-Adria-Platz 1
Fil.:	1010	Wien, Stock-im-Eisen-Platz 3
	9020	Klagenfurt, Domgasse 5
	9020	Klagenfurt, Baumbachplatz 2
	9020	Klagenfurt Nord, Feschnigstr. 17
	9020	Klagenfurt, LKH
	9100	Völkermarkt, Hauptplatz 27
	9300	St. Veit/Glan, Platz am Graben
	9400	Wolfsberg, Herrengasse 1
	9400	Wolfsberg, St. Stefaner Straße 8
	9411	St. Michael 26
	9412	St. Margarethen 36
	9413	St. Gertraud 74
	9461	Prebl 70A
	9470	St. Paul, Hauptstraße 18
	9500	Villach, Ossiacher Zeile 9
	9560	Feldkirchen, Tiebelzentrum, 10.-Oktober-Straße
	9620	Hermagor, Villacher Straße 4
	9800	Spittal/Drau, Neuer Platz 19

### **Niederösterreichische Landesbank- Hypothesenbank AG**

Zentr.:	3101	St. Pölten, Kremser Gasse 20
Fil.:	1011	Wien, Wipplingerstraße 2
	1014	Wien, Herrengasse 10
	1040	Wien, Operngasse 21
	1060	Wien, Mariahilfer Straße 121
	1090	Wien, Porzellangasse 64

	1140	Wien, Linzer Straße 402
	1210	Wien, Schloßhoferstraße 53
	2070	Retz, Hauptplatz 11
	2130	Mistelbach, Franz Josef-Straße 17
	2301	Groß-Enzersdorf, Schloßhoferstr. 4
	2340	Mödling, Freiheitsplatz 7
	2340	Mödling, Sr. M. Restituta-Gasse 12
	2380	Perchtoldsdorf, Wiener Gasse 27
	2500	Baden, Josefsplatz 6
	2500	Baden, Schwartzstraße 50
	2700	Wr. Neustadt, Corvinusring 3–5
	2700	Wr. Neustadt, Adlergasse 3
	3100	St. Pölten, Landhaus- Boulevard Haus 3/25
	3300	Amstetten, Wiener Straße 28
	3400	Maria Gugging, Hauptstraße 2
	3430	Tulln, Bahnhofstraße 15
	3500	Krems, Mitterweg 10
	3500	Krems, Obere Landstraße 14
	3541	Senftenberg, Im Grund 40
	3580	Horn, Kirchenplatz 11
	3910	Zwettl, Neuer Markt 6

### **Oberösterreichische Landesbank AG**

Zentr.:	4010	Linz, Landstraße 38
Fil.:	1030	Wien, Jacquingasse 47/Mohsg. 1
	4020	Linz, Huemerstraße 23
	4020	Linz, Bahnhofplatz, Kärntner Straße 16
	4020	Linz, Am Bindermichl 28
	4020	Linz, Eurocenter-Oed/ Europastraße
	4020	Linz, Wagner-Jauregg-Weg 15
	4040	Linz, Schlantenfeld, Pulvermühl- straße 21
	4040	Linz, Magdalena/Griesmayrstr. 19
	4040	Linz, Neues Rathaus/ Hauptstraße 1–5
	4400	Steyr, Wehrgrabengasse 18
	4600	Wels, Kaiser-Josef-Platz 23
	4780	Schärding, Karl-Gruber-Straße 1
	4840	Vöcklabruck, Dr. Anton Bruckner- Straße 15
	4910	Ried/Innkreis, Stelzhamerplatz 6

### **Salzburger Landes-Hypothesenbank AG**

Zentr.:	5020	Salzburg, Residenzplatz 7
Fil.:	5020	Salzburg, Petersbrunnstraße 1
	5020	Salzburg, Lindhofstraße 5
	5020	Salzburg, Dreifaltigkeitgasse 16
	5020	Salzburg, Aignerstraße 20
	5020	Salzburg, Vogelweiderstraße 55
	5020	Salzburg, Ignaz-Harrer-Straße 79

## MITGLIEDSINSTITUTE

5073	Wals-Himmelreich, Bundesstr. 2	6063	Rum, Innstraße 46
5101	Bergheim, Moosfeldstraße 1	6060	Hall, Unterer Stadtplatz 3
5110	Oberndorf, Brückenstraße 8	6100	Seefeld, Innsbrucker Straße 25
5201	Seekirchen, Hauptstraße 12	6130	Schwaz, Andreas-Hofer-Straße 6
5202	Neumarkt, Hauptstraße 25	6166	Fulpmes, Waldrastrer Straße 2
5340	St. Gilgen, Aberseestraße 8	6290	Mayrhofen, Hauptstraße 418
5400	Hallein, Kornsteinplatz 12	6300	Wörgl, Speckbacherstraße 10
5431	Kuchl, Markt 57	6330	Kufstein, Oberer Stadtplatz 6
5500	Bischofshofen, Bahnhofstraße 13	6370	Kitzbühel, Bichlstraße 9
5541	Altenmarkt, Hauptstraße 40	6380	St. Johann, Speckbacherstraße 29
5582	St. Michael, Poststraße 6	6410	Telfs, Obermarktstraße 2
5600	St. Johann, Hauptstraße 16	6460	Imst, Eduard-Wallnöfer-Platz 1
5580	Tamsweg, Postplatz 110	6500	Landeck, Malser Straße 11
5700	Zell/See, Saalfeldnerstraße 3	6600	Reutte, Obermarkt 18
5730	Mittersill, Hintergasse 2	9900	Lienz, Hauptplatz 4
5760	Saalfelden, Almerstraße 8	I-39100	Bozen, Waltherplatz 2
Zahlst.: 5542	Flachau, Unterberggasse		
5582	St. Michael, Katschberghöhe		
<b>Landes-Hypothekenbank Steiermark AG</b>			
Zentr.:	8011	Graz, Radetzkystraße 15–17	
Fil.:	8010	Graz, LKH, Riesstraße 1	
	8010	Graz, Paulustorgasse 4	
	8010	Graz, Plüddemanngasse 96	
	8020	Graz, Peter Tunner-Gasse 34	
	8053	Graz, Kärntner Straße 207a	
	8280	Fürstenfeld, Commendegasse 1	
	8330	Feldbach, Bürgergasse 15	
	8430	Leibnitz, 27. Jännerstraße Nr. 2	
	8530	Deutschlandsberg, Unterer Platz 4	
	8601	Bruck/Mur, Am Grazertor 1	
	8750	Judenburg, Herrengasse 2	
	8940	Liezen, Hauptstraße 5	
	8970	Schladming, Hauptplatz 29	
Zahlst.:	8053	Graz, Landesnervenklinik, Wagner Jauregg Platz 1	
	8282	Loipersdorf 215	
	8330	Feldbach, LKH, Ottokar Kernstockstraße 18	
	8530	Deutschlandsberg, LKH, Radlpaßstraße 29	
<b>HYPO TIROL BANK AG</b>			
Zentr.:	6021	Innsbruck, Meraner Straße 8	
Fil.:	1010	Wien, Renngasse 9	
	6020	Innsbruck, Viktor-Franz-Hess-Str. 1	
	6020	Innsbruck, Hypo-Passage 1	
	6020	Innsbruck, Erzherzog-Eugen- Straße 19	
	6020	Innsbruck, Kaiserjäger Straße 4a	
	6020	Innsbruck, Amraser Straße Nr. 25	
	6020	Innsbruck, Eduard-Bodem-Gasse 6	
	6020	Innsbruck, Innrain 47a	
<b>Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG</b>			
Zentr.:	6900	Bregenz, Hypo-Passage 1	
Fil.:	1010	Wien, Singerstraße 12	
	6700	Bludenz, Bahnhofstraße 2	
	6764	Lech, HNr. 138	
	6780	Schruns, Jakob-Stemer-Weg 2	
	6793	Gaschurn, HNr. 6B	
	6800	Feldkirch, Neustadt 23	
	6800	Feldkirch, LKH, Carinagasse 47–49	
	6830	Rankweil, LKH, Valdunastraße 16	
	6830	Rankweil, Ringstraße 11	
	6840	Götzis, Hauptstraße 4	
	6845	Hohenems, Schloßplatz 1	
	6850	Dornbirn, Rathausplatz 6	
	6854	Dornbirn, Messestraße 2 (Messepark)	
	6863	Egg, HNr. 940 Wälderpark	
	6873	Höchst, Hauptstraße 25	
	6890	Lustenau, Kaiser-Franz-Josef-Straße 4a	
	6900	Bregenz, Römerstraße 2 (GWL)	
	6900	Bregenz-Vorkloster, Heldendankstraße 33	
	6991	Riezlern, Walserstraße 31	
	8010	Graz, Joanneumring 7	
	6923	Lauterach, Achpark, Dammstr. 2	
	6971	Hard, Landstraße 7	
	6992	Hirschegg, Walserstraße 65	
	6993	Mittelberg, Walserstraße 62	
	CH-9004	St. Gallen, Bankgasse 1	
	Private Banking Office:		
	4600	Wels, Kaiser-Josef-Platz 48	
	6764	Lech, HNr. 253	
Repr.:	I-39100	Bozen, Carduccistr. 13	
	D-86150	Augsburg, Karlstraße 2/1	

---

Impressum:

Medieninhaber (Verleger): Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Mag. Dietmar Rupar. Alle A-1040 Wien, Brucknerstraße 8.